WAHLPROGRAMM 2016: OSNABRÜCK ALS GRÜNE STADT

GRÜN ist Osnabrück am schönsten. 3
A) Osnabrück nachhaltig entwickeln 4
1. Stadtentwicklung für ein lebenswertes Osnabrück 4
2. Wohnen in einer wachsenden Stadt 6
3. Klima- und Umweltschutz: Osnabrück wird GRÜNER 8
4. Moderne Mobilität für Menschen 12
B) Osnabrück als moderne und inklusive Stadtgesellschaft 17
5. Für ein solidarisches Osnabrück 17
6. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt 18
7. Familien unterstützen 20
8. Osnabrück wird älter 21
9. Barrierefreies Osnabrück und Inklusion voranbringen 22
10. Geschlechtergerechtigkeit jetzt! 23
11. Queeres Osnabrück 24
12. Weltoffenes Osnabrück 25
13. Zufluchtsuchende willkommen heißen 26
C) Osnabrück als Stadt der Lebensqualität 29
14. Kultur schafft Lebensqualität für Osnabrück 29
15. Mehr als eine Marke – „Friedensstadt“ leben 32
16. Sport fördern – aktiv und gesund 33
17. Gesund leben in Osnabrück 34
D) Osnabrück als Bildungsstandort 36
18. Gute Schulen für gleiche Chancen 36
19. Berufliche Bildung zukunftsfest machen 38
20. Lebenslanges Lernen 39
21. Osnabrück als Hochschulstandort – studieren, forschen, arbeiten und leben 39
E) Arbeit und Wirtschaft – ökologisch, ökonomisch und sozial 40
22. Gut leben und arbeiten in Osnabrück 40
23. GRÜNE Wirtschaftspolitik ist nachhaltig gut 41
F) Osnabrück als Stadt der Bürger*innen 45
24. Bürger*innenstadt Osnabrück – mitmachen und Demokratie stärken 45
25. Für eine transparente, effiziente, faire und bunte Stadtverwaltung 46

26. GRÜNE Netzpolitik – für alle, die digital unterwegs sind 47
G) Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – für eine nachhaltige Finanzpolitik 48

GRÜN ist Osnabrück am schönsten.

Lebensqualität und Gerechtigkeit durch GRÜNE Politik. Wie wir Osnabrück ökologisch und modern gestalten.

Liebe Osnabrückerin, lieber Osnabrücker

am 11. September entscheiden Sie mit, wie die Zukunft unserer Stadt gestaltet wird.

Wir GRÜNE kämpfen für mehr Lebensqualität und Gerechtigkeit in unserer Stadt. Ein grünes Osnabrück ist nachhaltig, gerecht und modern. Wir möchten mit einer starken GRÜNEN Fraktion nach der Wahl die Zukunft Osnabrücks weiter positiv gestalten.

Wir sorgen für eine menschengerechte Mobilität, die umwelt- und gesundheitsschädliche Emissionen reduziert, das Radfahren attraktiver und sicherer und den ÖPNV komfortabler macht. Damit Osnabrück auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt bleibt, werden wir das Stadtklima, die „Grünen Finger“ und Naherholungsgebiete schützen. Mit gut durchmischten Stadtteilen, in denen ausreichend bezahlbarer Wohnraum und gute Infrastruktur zur Verfügung steht, schaffen wir auch die Basis für gelingende gesellschaftliche Integration und friedliches Zusammenleben. Weil Kunst und Kultur das Leben schöner machen und den Austausch innerhalb der Stadtgesellschaft fördern, werden wir die Vielfalt der Kulturangebote sichern. Wir stehen für eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik, die intelligent in die Zukunft investiert, statt Geld in finanzpolitisch und ökologisch unsinnige Projekte der Vergangenheit zu versenken. Auch um die finanziellen Grundlagen der Lebensqualität in unserer Stadt zu sichern, richten wir GRÜNE unsere Politik am Grundsatz der Nachhaltigkeit aus. Wir stehen für eine ambitionierte und verantwortungsvolle Politik mit menschlichem Maß.

Wir GRÜNE haben in den letzten Jahrzehnten maßgeblich zu einer positiven Entwicklung Osnabrücks beigetragen. Wir haben gezeigt, dass unsere Politik die Stadt nach vorne bringt. Wir GRÜNE stehen für eine offene, tolerante und vielfältige Stadtgesellschaft. Das macht moderne Urbanität aus. Ein Zurück in die 50er Jahre wird es mit uns weder verkehrs- noch gesellschaftspolitisch geben. Sie entscheiden im September darüber, wohin sich Osnabrück entwickelt. Wir stehen für eine moderne, lebendige und grüne – eine zukunftsfähige Stadt.

Die Lebensqualität in Osnabrück kann nur mit ökologisch verträglicher und gerechter Politik gesichert und verbessert werden. Dafür haben wir ein Programm entwickelt, mit dem wir die Zukunft Osnabrücks lebens- und liebenswert gestalten werden.

Wir sind überzeugt: **GRÜN ist Osnabrück am schönsten**.

Überzeugen Sie sich selbst.

A) Osnabrück nachhaltig entwickeln

1. Stadtentwicklung für ein lebenswertes Osnabrück

Osnabrück ist eine liebens- und lebenswerte und dank erfolgreicher GRÜNER Politik auch eine besonders grüne Stadt. Wir werden die Lebensqualität auch weiterhin mit einer sozial gerechten und ökologisch orientierten Politik erhalten und verbessern. Die zunehmenden Nutzungskonflikte zwischen Flächen für Wohnungsbau, Verkehr, Gewerbe sowie Grün- und Erholungsflächen müssen nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien entschieden werden. Eine kurzsichtige Fixierung auf beliebiges Wachstum und rücksichtslosen Flächenfraß wird es mit uns GRÜNEN nicht geben. Ein gesundes Stadtklima und eine gute Aufenthaltsqualität in der Stadt – mit wertvollen Grünflächen, Freiräumen und attraktiven Fuß- und Radwegen – bringen nur wir GRÜNE in Einklang mit zusätzlichem, bezahlbaren Wohnraum und einer guten Infrastruktur.

Flächen nachhaltig nutzen

Wir GRÜNE setzen auf ein konsequentes Flächenrecycling und werden dafür sorgen, dass die Ausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen nicht zu Lasten wertvoller Grünflächen und Freiräume geht. Die Stadt will in den nächsten Jahren 2.500–3.000 neue Wohneinheiten schaffen, um den Druck auf dem Wohnungsmarkt zu lindern. Wir GRÜNE wollen, dass dies nach ökologischen Kriterien geschieht. Dafür brauchen wir dringend einen neuen Landschaftsrahmenplan, der die ökologischen Nutzungsoptionen für die einzelnen Gebiete der Stadt festlegt und wichtige Natur- und Freizeiträume schützt. Neben der Wiedernutzung von Flächen und der besseren Ausnutzung vorhandener Wohngebiete wollen wir im Bestand nachverdichten und städtischem Wohnungsbau Vorrang vor flächenintensivem Einfamilienhausbau geben. Wo es möglich ist, wollen wir die Zahl der innerstädtischen Parkplatzflächen schrittweise reduzieren. **[→ Wohnen]**

Wir brauchen ein strategisches Management von Gewerbeflächen, um auch hier eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. **[→ Gewerbeflächen sinnvoll managen]** Grün- und Freiflächen machen eine Stadt lebenswert. Deshalb wollen wir mehr Flächen begrünen und den Bürger*innen zur Verfügung stellen, zum Beispiel für Urban Gardening. **[→ Klima- und Umweltschutz: Osnabrück wird GRÜNER]** Wir brauchen in der Stadt nicht nur Platz für traditionelles Gewerbe, sondern auch für moderne und kreative Nutzungen. Wir wollen Quartiere für die Kreativwirtschaft entwickeln und Räume für freie Kultur schaffen. **[→Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur]**

Lebendige Stadt durch vitale Stadtteile

Wir GRÜNE wollen Osnabrück als Stadt der kurzen Wege weiterentwickeln. Angenehme Lebensbedingungen mit einer guten Nahversorgung in allen Stadtteilen sind die Basis für ein funktionierendes Zusammenleben in einer modernen Stadtgesellschaft. Dazu gehören ein vielfältiges Wohnangebot, Gesundheitsversorgung, Freizeitangebote und Treffpunkte sowie Arbeitsplätze und Erholungsmöglichkeiten im Grünen. Dazu gehört eine attraktive Innenstadt ebenso wie lebendige Stadtteile. Mit einer wohnortnahen Versorgung in kompakten Strukturen

können mehr Ziele zu Fuß und mit dem Rad erreicht werden und Menschen mit eingeschränkter Mobilität flexibel bleiben. Wir setzen weiter auf die Stärkung der vorhandenen Einzelhandelsstandorte im Rahmen des Märkte- und Zentrenkonzepts und lehnen Discounter und Großprojekte auf der „Grünen Wiese“ ab.

Attraktivität der Innenstadt stärken

Als Oberzentrum einer großen Region braucht Osnabrück eine Innenstadt, die auch Besucher*innen aus dem Umland anzieht. Wir GRÜNE legen großen Wert darauf, dass der inhabergeführte Handel in Osnabrück gestärkt wird. Gemeinsam mit den Anliegern wollen wir insbesondere die Hase- und die Johannisstraße sowie das Heger-Tor-Viertel aufwerten. Damit die Innenstadt attraktiv bleibt, sind Innovationen nötig. **[→ Branchenvielfalt und starke Handelsstrukturen erhalten]** Anziehungskraft besteht für uns GRÜNE nicht nur aus einem abwechslungsreichen Einkaufsangebot, sondern auch aus vielfältiger Kultur und Orten mit viel Stadtgrün zum Verweilen. Der Haseuferweg und die Freilegung der Hase im Innenstadtbereich sind gute Beispiele, wie die City durch mehr Natur lebenswerter wird. Auch der Ledenhof muss wieder ein belebter Platz werden. Nach der Umwandlung des Neumarkts zur Fußgängerzone bekommen wir endlich die Möglichkeit, diesen besser mit der Innenstad sowie dem Schloss und dem Schlosspark zu verbinden.

Für neues Leben auf dem Neumarkt

Die Umgestaltung des Neumarkts ist für uns GRÜNE ein zentrales Anliegen vorausschauender Stadtentwicklung. Wir machen den Neumarkt zu einem urbanen Platz im Zentrum von Osnabrück. Er muss vom Autoverkehr befreit werden, der ihn verstopft und für zu hohe, gesundheitsschädigende Lärm- und Schadstoffwerte verantwortlich ist. Mit Blechlawinen, abrissreifen Gebäuden und vielen Leerständen war der Neumarkt als Durchfahrtsstraße eine Barriere zwischen Fußgängerzone und Johannisstraße.

Mit dem neuen Einkaufszentrum bekommt der Neumarkt nach jahrzehntelangem Stillstand eine neue Perspektive. Wir GRÜNEN haben durchgesetzt, dass ein offenes und für die gesamte Innenstadt verträgliches Konzept umgesetzt wird: Durch die Verkehrsberuhigung kann vor dem Landgericht wieder ein Platz mit Aufenthaltsqualität entstehen. Mit attraktiver Architektur geben wir Gastronomie, Dienstleistungen, Einzelhandel und Gewerbe die Möglichkeit, sich an einem zentralen Ort anzusiedeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der neue Neumarkt grüner und baumreicher wird. Die Wege in die Innenstadt bleiben erhalten, alle Parkhäuser bleiben erreichbar. Der neue Neumarkt wird sicherer für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, der Busverkehr zuverlässiger und schneller. Dass dies funktioniert, hat die baustellenbedingte Sperrung des Neumarktes gezeigt.

Gebiet um den Bahnhof als Knotenpunkt nutzen

Am Hauptbahnhof ist ein großes Potenzial für eine positive Entwicklung der Stadt vorhanden. Busse und Radfahrer*innen müssen am Bahnhofsvorplatz weiter Vorfahrt haben. Hier und auch am Altstadtbahnhof brauchen wir dringend zusätzliche Radabstellanlagen. Mit der Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs und dem Neubau der Brücke an der Hamburger Straße wird endlich ein Ostzugang zum Hauptbahnhof möglich. Er muss beim Brückenbau nicht nur

vorbereitet, sondern auch fertiggestellt werden. Damit wird der Hasepark besser angebunden und die dort vorhandenen Flächen werden attraktiver. Am Ringlokschuppen wird ein Fernbusterminal eingerichtet, das für eine bessere Verknüpfung von Bus und Bahn sorgen wird. Auch hier müssen Radabstellanlagen errichtet werden. Von der Buerschen Straße muss ein offizieller Zugang zu Gleis 1 des Hauptbahnhofs eingerichtet werden. Mit Radabstellanlagen kann hier ein attraktives Bike+Ride-Angebot entstehen.

2. Wohnen in einer wachsenden Stadt

Osnabrück ist eine wachsende Stadt. Der Bedarf an Wohnraum wird in den nächsten Jahren noch einmal deutlich zunehmen. Dabei gibt es unterschiedliche Bedürfnisse: Die Zahl der Ein- bis Zweipersonenhaushalte wächst, aber auch der Wunsch nach mehr Wohnraum pro Person. Das Wohnraumversorgungskonzept zeigt auf, dass Osnabrück ein Mangel an Mietwohnungen vor allem für einkommensschwächere Haushalte bevorsteht. Wir brauchen für die Zukunft mehr altersgerechten und barrierefreien Wohnraum. Unser Ziel ist, dass in ganz Osnabrück bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Auf den Flächen der ehemaligen Landwehrkaserne entwickeln wir gerade ein 37 ha großes Wohngebiet. Wir GRÜNE werden dafür sorgen, dass der Wohnbau in Osnabrück der demografischen Entwicklung und dem neuesten Stand in Sachen Natur- und Klimaschutz gerecht wird. Es ist falsch, sich nur auf die Neuausweisung von Baugebieten zu konzentrieren, stattdessen müssen Flächen sinnvoll genutzt werden. Ende 2015 gab es ca. 117 ha Bauland in der Stadt Osnabrück Das würde für über 3500 Wohneinheiten reichen. Weitere Flächen dürfen nur zur Verfügung gestellt werden, wenn diese ökologisch unbedenklich sind und die Stadt Osnabrück direkten Einfluss auf die Art der Bebauung nach Maßgabe des Wohnraumversorgungskonzepts hat.

Wohnungsbau fördern – mit Augenmaß und Weitblick

Wir GRÜNE werden in der kommenden Ratsperiode dafür sorgen, dass im Wohnbau ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Wichtige Frischluftschneisen müssen erhalten bleiben, wertvolle Grün- und Freiflächen dürfen nicht verbaut werden. Für uns gehen Sorgfalt und Nachhaltigkeit vor. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu minimieren und nachhaltig zu bauen. Für uns haben daher Innenentwicklung und Nachverdichtung Priorität. Neben dem Wiedernutzen von Flächen und der besseren Ausnutzung vorhandener Wohngebiete wollen wir vor allem verdichtetem und urbanem Wohnungsbau den Vorrang vor flächenintensivem Einfamilienhausbau geben. Dies stellt hohe Anforderungen an die städtebauliche Entwicklung und die Qualität der Freiflächen. Bei größeren Vorhaben muss über Wettbewerbe und Gutachterverfahren nach bestmöglichen Lösungen gesucht werden. Außerdem müssen die Potenziale für zusätzlichen Wohnraum im Bestand besser genutzt werden, zum Beispiel die Nutzung leerstehender Zimmer oder Etagen sowie An- und Dachausbauten. Hier brauchen wir ein Beratungsangebot, zum Beispiel für ältere Menschen, die offen dafür sind, Teile ihres großen Wohnraumes für neue Nutzungen zur Verfügung zu stellen.

Gerecht bauen und vermieten

Die Ausweisung neuer Wohngebiete muss strengen ökologischen und zukunftsorientierten Kriterien folgen. Bei allen größeren Bau- und Sanierungsprojekten muss ein Anteil von 20–30 % von geförderten Wohnungen mit niedrigen Mieten verbindlich vorgeschrieben sein.

Genossenschaftliche sowie generationsübergreifende und inklusive Wohnprojekte wollen wir bei der Flächenvergabe besonders berücksichtigen. Bei der Entwicklung von Wohngebieten müssen eine gute Anbindung an das Bus- und Radwegenetz gewährleistet sein und attraktive Stellplätze für Carsharing und Ladestationen für E-Autos vorgeschrieben werden. Mit der Stellplatzsatzung ist ein erster Schritt gemacht, um den Wohnungsbau von der teuren Verpflichtung des Stellplatznachweises zu entlasten. Durch den Verzicht auf teure Pkw-Stellplätze können wir insbesondere in Innenstadtnähe autofreie Wohnbereiche mit günstigem Wohnraum entwickeln.

Angenehm wohnen – in ganz Osnabrück

Wir wollen, dass sowohl in der Innenstadt als auch in allen Stadtteilen Wohnraum in allen Preisklassen zur Verfügung steht. Wir setzen auf durchmischte Wohnquartiere und werden dafür Förder- und Planungsinstrumente wie städtebauliche Verträge, Bebauungspläne und Grundstücksverkäufe unter Auflagen nutzen. Für ein Osnabrück mit lebendigen Stadtteilen brauchen wir auch in Zukunft eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Geschäften für den alltäglichen Einkauf, haushaltsnaher Dienstleistung, Gesundheitsversorgung und sozialen Angeboten. Bei der Stadtteilentwicklung setzen wir auf lebenswerte, familien- und altersgerechte sowie sozial gemischte Wohnquartiere mit hoher Freiraumqualität, in denen sich die Bewohner*innen entfalten können.

Quartiere stärken

Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement im Wohnquartier, weil es – gerade für Menschen mit besonderen Bedürfnissen – den Alltag bereichert und die Basis einer aktiven Stadtgesellschaft ist. Die Stadt kann und muss das vielfältige Engagement durch Bereitstellung von Räumen, Beratung und Projektförderung bis hin zu Quartiersmanagement unterstützen. Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ war am Rosenplatz sehr erfolgreich. Die auch mit großem bürgerschaftlichem Engagement erzielten Verbesserungen wollen wir aufrechterhalten, organisatorisch absichern und alle Gruppen und Initiativen weiterhin einbeziehen. Nachdem das Quartiersmanagement am Rosenplatz durch die Verwaltung Ende 2018 ausläuft, werden wir genau prüfen, ob dieses Modell geeignet ist, alle Gruppen einzubeziehen und das Geschaffene fortzuführen. Quartiere, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Menschen mit sozialen Benachteiligungen lebt, müssen gezielt aufgewertet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass für ein Sanierungsgebiet Schinkel alle Fördermöglichkeiten genutzt werden.

Zuhause wohnen, auch im Alter

Damit auch Ältere in ihrer gewohnten Umgebung wohnen bleiben können, benötigen wir quartierbezogene Wohn- und Pflegeangebote. Nach dem Vorbild des „Bielefelder Modell. Selbstbestimmt Wohnen mit Versorgungssicherheit“ oder dem »Masterplan Quartier« aus Münster wollen wir erreichen, dass ältere Menschen und Menschen mit Unterstützungsbedarf in ihrem vertrauten Wohnumfeld verbleiben können. Die städtische Sozial-, Bauland- und Wohnungspolitik muss bei der Schaffung von Wohn- und Pflegeangeboten im Alter sowie für Menschen mit Behinderung Hand in Hand arbeiten. Wir wollen, dass die Stadt die Bedarfe verschiedener Generationen mit einer Kampagne für gemeinschaftliche Formen des

Zusammenlebens („Wohnen für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser) zusammenbringt, sodass alle Seiten profitieren. **[→Osnabrück wird älter]**

Energiekosten senken

Hohe Energiekosten sind ein wesentlicher Faktor für steigende Wohnkosten. Wir GRÜNE wollen deshalb nicht nur aus Klimaschutzaspekten die energetische Sanierung von Wohngebäuden stärker unterstützen. Auch die Energieberatung muss ausgebaut werden, damit alle Haushalte in die Lage versetzt werden, ihren Energieverbrauch und ihre Kosten zu senken. **[→ Energie sparen]**

Wohnen und bauen nach Konzept

Osnabrück braucht ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Instrumente für die Sicherung des Wohnungsbestandes, für die Erneuerung von Wohnungen und für den Neubau von Wohnungen und Häusern enthält. Hier müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt zu verlangsamen. Dazu gehört auch eine Mietpreisbremse. Dieses Konzept muss die verschiedenen und sich wandelnden Ansprüche von Familien und Singles, Studierenden und Älteren berücksichtigen und inklusiv ausgerichtet sein.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaft als Steuerungsinstrument

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, ist es wichtig, dass sich die Stadt stärker im Wohnungsbau engagiert. Es war ein großer Fehler, dass CDU und FDP die Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft zum Schleuderpreis verkauft haben. Die Entwicklung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ist für uns der richtige Weg, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Stadt hat zur Unterbringung von Geflüchteten mehrere Gebäude und Wohnungen angemietet bzw. angekauft, saniert und modernisiert. Dieser Bestand kann in eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft eingebracht und langfristig genutzt werden. Um den flexiblen Anforderungen gerecht zu werden, soll außerdem die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und anderen Akteuren des Wohnungsmarkts intensiviert werden.

3. Klima- und Umweltschutz: Osnabrück wird GRÜNER

Wir GRÜNE werden weiter dafür sorgen, dass Klima- und Umweltschutz in Osnabrück ganz oben auf der Agenda stehen. Wir stellen uns auch lokal dieser zentralen Verantwortung. Die Folgen der Klimakrise sind auch in Osnabrück bereits spürbar. Wir wollen die globalen Ursachen bekämpfen und zugleich die konkreten Folgen der Klimakrise wie die Zunahme von Starkregen, Stürmen und Hitzetagen vor Ort bewältigen. In Osnabrück sind wir hier zwar auf einem guten Weg, trotzdem müssen wir uns noch deutlich steigern. Für uns GRÜNE ist der Schutz der Umwelt, der Schutz unseres Lebensraums, eine Kernaufgabe. Umwelt-, Natur- und Artenschutz sind unverzichtbar, wenn wir die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen ernst nehmen. Nicht zuletzt ist wirksamer Umweltschutz auch Gesundheitsschutz für alle Bürger*innen. Eine intakte Umwelt ist entscheidend für eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt. Wo Grün ist, fühlt der Mensch sich wohl.

Die weltweite Klimakrise stoppen

Die Zeit drängt. Gelingt es uns nicht, die Überhitzung der Erde zu stoppen, sind viele Regionen und Länder existenziell bedroht. Die Weltgemeinschaft hat auf der UN-Konferenz in Paris im

Dezember 2015 einen neuen Klimavertrag beschlossen. Dieser verpflichtet uns alle, dafür zu sorgen, dass die Temperatur auf der Erde um maximal zwei Grad, nach Möglichkeit nur um 1,5 Grad steigt.

Als Friedensstadt steht Osnabrück in besonderer Verantwortung für den internationalen Klimaschutz. Die Klimakrise ist vielerorts Ursache für Katastrophen und Notständen führt. Konflikte um klimabedingt knapper werdende Ressourcen, wie Kriege um sauberes Wasser und fruchtbare Böden, nehmen zu. Nach Greenpeace-Angaben sind bereits heute 20 Millionen Menschen wegen der Klimakrise auf der Flucht. Bis 2040 wird sich diese Zahl verzehnfachen, wenn es nicht gelingt, den Klimawandel zu stoppen. Lokaler Klimaschutz ist daher auch ein Beitrag zur internationalen Friedenspolitik.

100 % für Klimaschutz in Osnabrück

Osnabrücker*innen nehmen den Klimaschutz ernst. Auf GRÜNE Initiative hat der Stadtrat beschlossen, die klimaschädlichen Emissionen bis 2050 um 95 % zu senken. Mit Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen wird auf der Grundlage des Masterplans für 100 % Klimaschutz ein Handlungsprogramm entwickelt. Das ist ein Meilenstein, der die Stadt Osnabrück zur Vorreiterin im Klimaschutz macht. Wir werden alles daransetzen, dass dieses Programm schnellstmöglich umgesetzt und Grundlage jedes politischen Handelns wird.

Klimaschutzpolitik ist auch eine Chance für die Stadt, mit den eigenen Ressourcen sparsamer und umweltgerechter umzugehen und zugleich wirtschaftlich neue Potenziale zu erschließen. Zentrales klimapolitisches Handlungsfeld ist die Energiepolitik. Ohne entsprechende Weichenstellungen und Anreize durch die Europa- und Bundespolitik kann die Energiewende nicht gelingen. Wir GRÜNE setzen sie vor Ort konsequent um. Auch eine gute Mobilitätspolitik ist ein wichtiger Beitrag zum Energiesparen. Wir GRÜNE geben deshalb Bus, Bahn, Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen stets Vorfahrt. **[→ Moderne Mobilität für Menschen]**

Energie sparen

Die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden bietet riesige Einsparpotenziale. Um die Ziele des Masterplan 100 % Klimaschutz erreichen zu können, brauchen wir eine Sanierung von 3 % des Gebäudebestandes pro Jahr. Eine enorme Herausforderung, für dessen Bewältigung wir endlich effektive Förderprogramme des Bundes brauchen. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass die Vorgaben der bundesweiten Energieeinsparverordnung eingehalten und Eigentümer besser informiert werden. Das Energiemanagement und -controlling muss weiter ausdifferenziert werden, damit insbesondere die vorhandenen Einsparpotenziale im Nutzungsverhalten ausgeschöpft werden können. Wir brauchen eine Einsparoffensive bei der Bewirtschaftung der städtischen Gebäude. Außerdem wollen wir das auch pädagogisch erfolgreiche Programm der Energiesparschulen weiter ausbauen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Neubauten nur noch nach Passivhausstandard und möglichst mit positiver Energiebilanz gebaut werden. Außerdem wollen wir den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung im Bestand fördern. Auch Abwärme kann besser genutzt werden. Hierfür und auch für die Modernisierung von Heizungsanlagen wollen wir die Beratungsangebote verbessern.

Mehr Energie in Beratung stecken, Klimaschutzagentur einrichten

Wir GRÜNE wollen die regionalen Kompetenzen in einer Klimaschutzagentur bündeln. Hier wollen wir Wissen, Kapital und Projekte von Bürger*innen, dem Handwerk und der Industrie zusammenführen, um Privathaushalten und Gewerbetreibenden eine Beratung aus einer Hand zu bieten. Mit dem Solardach- und dem Thermografie-Kataster hat Osnabrück bundesweite Pionierarbeit geleistet. Die so sichtbar gemachten Potenziale müssen aber auch genutzt werden und Hausbesitzer gezielt informiert werden.

Energie der Zukunft schon heute erzeugen

Der Restbedarf an Energie muss zukünftig zu 100 % aus regenerativen Quellen kommen. Weil dafür die Flächen in der Stadt nicht ausreichen, werden wir die Kooperation mit dem Umland stärken. Größtes Potenzial haben dabei die Sonnen- und die Windenergie. Der lokale Ausbau der neuen Energien sollte insbesondere durch Stadtwerke, Energiegenossenschaften und andere Bürgerenergieunternehmen erfolgen. Mit dem lokalen Ausbau der neuen Energien unterstützen wir auch die regionale Wirtschaft. Statt Geld für klimaschädliches Erdöl oder Erdgas zu bezahlen, kann das lokale Handwerk von klimafreundlichem Wärmeschutz und Ökostromanlagenbau profitieren.

Klimafreundliche Stadtwerke

Als größter Energielieferant sind unsere Stadtwerke von zentraler Bedeutung. Sie müssen auch zukünftig in städtischem Besitz bleiben. Die von CDU, SPD und FDP unterstützte Beteiligung an neuen Kohlekraftwerken war nicht nur klimapolitisch ein Riesenfehler, sondern hat uns ein Millionendefizit beschert. Wir GRÜNE wollen, dass die Stadtwerke endlich atom- und kohlestromfrei werden. Investitionen dürfen nur noch in erneuerbare Energien und intelligente Technik erfolgen.

Umwelt- und Naturschutz stärken

Umwelt- und Naturschutz waren schon immer Leitlinien GRÜNER Politik. Wir setzen hier auch weiterhin einen Schwerpunkt. Die städtischen Naturräume, Parks und das Stadtgrün sind nicht nur schön, sondern auch Rückzugsorte für zahlreiche Arten. Die Vernetzung der einzelnen Grünstrukturen ist ökologisch besonders wichtig. Die Grünflächen haben aber auch wichtige Funktionen für uns Menschen: als Naherholungsgebiete, zur Luftreinhaltung und als Lärmschutz. Durch die Folgen des Klimawandels und der Luftschadstoffbelastung wird der Erhalt des natürlichen Lebensraumes in der Stadt immer wichtiger. Wir werden die Qualität der Grünbereiche stärker in den Bebauungsplänen verankern als bisher.

Osnabrück braucht einen neuen Landschaftsrahmenplan und ein Konzept für unsere Landschaftsschutzgebiete. Wir setzen uns dafür ein, dass Rubbenbruchsee, Düteaue und Hörner Bruch als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden und die laufende Renaturierung von Düte und Hase fortgesetzt wird. Die naturnahe Gestaltung der Landschaft und Regenwasserrückhaltebecken ist auch notwendiger Hochwasserschutz und liefert darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zum Artenschutz. Das von uns GRÜNEN auf den Weg gebrachte Bienenschutzprogramm mit Blühstreifen für Bienen und andere Insekten muss fortgesetzt

werden, um dem Bienensterben und den daraus entstehenden Folgen für die Nahrungskette entgegenzuwirken.

Tiere weiter konsequent schützen

Seit über 30 Jahren steht GRÜNE Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt. Daraus ergibt sich unsere ethische und rechtliche Verantwortung für das Wohlergehen aller Tiere. In der vergangenen Ratsperiode haben wir u. a. die Kastrationsverordnung für Freigängerkatzen beschlossen, sichere Freilaufflächen für Hunde geschaffen und ein Wildtierverbot für Zirkusse durchgesetzt. Den Weg eines konsequenten Tierschutzes werden wir fortsetzen. Der Schutz der Tiere ist im Grundgesetz und der niedersächsischen Landesverfassung verankert. Hierfür müssen neben dem Land auch die Kommunen ihren Teil beitragen. Als Ansprechpartner*in für die Verwaltung, für Bürger*innen und Tierschutzvereine soll eine kommunale bzw. ein kommunaler Tierschutzbeauftragte*r eingesetzt werden.

Bäume schützen

Bäume sind natürliche Temperaturregler und sorgen für frische Luft. Sie müssen wirksamer geschützt werden. Wir GRÜNE wollen eine Baumpflanzoffensive in allen Bereichen der Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich wieder eine Baumschutzsatzung mit Ersatzpflanzungsgeboten und Bußgeldern eingeführt wird.

Grüne Finger nicht abhacken

Die „Grünen Finger“ sind unverzichtbar für Osnabrück: Alle Bürger*innen können diese Grünflächen und Naherholungsgebiete zu Fuß erreichen. Sie sorgen darüber hinaus für die so wichtige Frischluftzufuhr in der Stadt. Sie müssen auf jeden Fall erhalten bleiben. Die Versiegelung wertvoller Freiflächen muss gestoppt werden. Wir sind gegen Bausünden wie die Kartbahn am Nettebad, die in einem von drei Stadtteilen intensiv genutzten Naherholungsgebiet gebaut wird.

Luft zum Atmen, Lebensqualität statt Lärm

Luftschadstoffe, besonders Feinstaub und Stickoxide, machen krank; sie können Atemwegserkrankungen hervorrufen und das Krebs-, Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko erhöhen. Da der Straßenverkehr den größten Anteil der Luftverschmutzung ausmacht, haben wir GRÜNE den Luftreinhalteplan samt Umweltzone auf den Weg gebracht. Angesichts der immer noch zu hohen Werte brauchen wir aber weitergehende Maßnahmen. Die Stadt ist verpflichtet, die gesundheitsschützenden Grenzwerte einzuhalten – egal, ob jemand klagt oder nicht. Das bedeutet in erster Linie weniger motorisierten Individualverkehr, d. h. Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf Rad-, Bahn- und Busverkehr.

Lärm ist ein großes Gesundheitsrisiko – man kann und soll sich an ihn nicht gewöhnen. Auf unser Bestreben wurde mit starker Bürger*innenbeteiligung ein Lärmaktionsplan erstellt. Die darin entwickelten Maßnahmen müssen jetzt zügig weiter umgesetzt und 2018 angepasst werden. Geschwindigkeitsreduzierung ist Verkehrsberuhigung im wahrsten Sinne des Wortes:

Tempo 30 statt Tempo 50 wird als Halbierung des Verkehrslärms wahrgenommen. Deshalb setzen wir uns überall, wo es möglich ist, für Tempo 30 ein, insbesondere in allen Wohngebieten und auch an Hauptverkehrsachsen.

4. Moderne Mobilität für Menschen

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens. Ein Mehr an Mobilität steht auch für mehr Lebensqualität und Teilhabe – wenn wir die richtigen Schwerpunkte setzen. Statt an rückwärtsgewandter Verkehrspolitik festzuhalten, wollen wir die Mobilität in Osnabrück zukunftsfähig gestalten. Eine Verkehrswende zum Wohl der Menschen und der Umwelt gibt es in Osnabrück nur mit uns GRÜNEN. Dafür werden wir die Bedingungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen weiter verbessern und die Angebote des ÖPNV attraktiver und für mehr Menschen zugänglich machen. Wir wollen die Verkehrssicherheit verbessern und die Verknüpfung von unterschiedlichen Verkehrsmitteln erleichtern. Durch kompakte Siedlungsstrukturen wollen wir Verkehr vermeiden.

Umweltverbund stärken

Wir wollen den Anteil des Fuß-, Rad- und öffentlichen Personennahverkehrs weiter erhöhen. Um hier bessere Angebote machen zu können, müssen wir den nur begrenzt zur Verfügung stehenden Verkehrsraum anders aufteilen. Bei der Stadt- und Verkehrsplanung kann nicht länger das Auto im Mittelpunkt stehen, sondern die Alternativen. Der Verkehr trägt zu fast 30 Prozent der CO2-Emissionen in Osnabrück bei. Wenn wir die Ziele des Masterplans 100 % Klimaschutz erfüllen und die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstäube einhalten wollen, sind hier deutliche Veränderungen nötig. Der neue Radverkehrsplan und die Umsetzung des Nahverkehrsplans bieten dafür gute Ansätze, auf denen wir aufbauen wollen.

Mobilitätsketten für eine flexible Kombination von Verkehrsmitteln ermöglichen

Moderne Mobilität bedeutet, verschiedene Verkehrsmittel flexibel nutzen und verknüpfen zu können. Dafür brauchen wir optimierte Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Bus, gute Abstellmöglichkeiten an den jeweiligen Umstiegsorten und Park+Ride-Plätze mit Busanschluss an den Stadträndern und in den Umlandgemeinden. Die unterschiedlichen Mobilitätsbausteine müssen leicht zugänglich, einfach handhabbar und flexibel nutzbar sein. Wir setzen uns dabei für einen abgestimmten Tarif ein, der Busse, Carsharing und andere Angebote vereint und nach dem Best-Price-Prinzip abrechnet.

Mehr Radverkehr für eine Stadt in Bewegung

Radfahren fördert die Gesundheit, schont die Umwelt und ist eine flexible, platzsparende und günstige Alternative zum Auto. Auf Distanzen von bis zu fünf Kilometern ist es zudem auch das schnellste Verkehrsmittel. Bisher legen die Osnabrücker*innen 20 % aller Wege in der Stadt mit dem Rad zurück. Der neue Radverkehrsplan aus dem Sommer 2016 hat das Ziel, diesen Anteil bis 2030 auf 30 % zu steigern. Wir wollen das schon bis 2025 erreichen. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir mittelfristig einen Radverkehrsanteil von 50 %.

Radverkehrsnetz verbessern

In Osnabrück ist die Radverkehrsinfrastruktur lange vernachlässigt worden. In den letzten Jahren haben wir GRÜNE zahlreiche Verbesserungen für Radfahrer*innen umgesetzt. Trotzdem

sind wir noch lange nicht am Ziel. Auf GRÜNE Initiative hat der Stadtrat die Überarbeitung des Radverkehrsplans beschlossen. Das Radverkehrsnetz muss engmaschig und lückenlos sein und wo immer möglich getrennt vom Autoverkehr verlaufen. Wir wollen eine Radverkehrsinfrastruktur, die alle Osnabrücker*innen, ob jung oder alt, einlädt, öfter das Fahrrad zu nutzen. Grüne Routen durch Parks, Wälder und entlang der Hase sind sichere Verbindungsstrecken. Hier macht Radfahren besonders viel Spaß. Die Verbindungen zwischen den Stadtteilen und der Innenstadt müssen verbessert und Hauptrouten für Radfahrer*innen ausgewiesen werden. Wir wollen weitere Fahrradstraßen nach dem Vorbild der Katharinenstraße und setzen uns für Radschnellwege auch ins Umland ein. Diese breiten, gut ausgebauten und kreuzungsarmen Strecken schaffen die Voraussetzung, dass das Fahrrad und erst Recht das E-Bike auch über weitere Entfernungen effizient genutzt werden können. Die erste Strecke aus Belm wird konkret geplant. Wir werden uns für die Realisierung einsetzen und dafür sorgen, dass weitere Radschnellwege folgen.

Mehr Platz für Radfahrer*innen im Straßenraum

Die verfügbare Verkehrsfläche ist begrenzt. Wir wollen dem Radverkehr mehr Raum geben. Wir werden genau prüfen, wie Verkehrsflächen für den Radverkehr gewidmet werden können, um sichere, ausreichend breite Radwege mit möglichst wenigen Unterbrechungen zu schaffen. Hierfür können zum Beispiel einzelne Parkstreifen zu Radwegen umgebaut werden. Bei steigendem Radverkehrsaufkommen ist dafür mittelfristig auch eine Reduzierung von Fahrstreifen für den Autoverkehr nötig. Wir wollen, dass jedes Ziel in Osnabrück sicher und bequem mit dem Rad erreichbar ist. Städte wie Kopenhagen oder Amsterdam machen es vor.

Radfahrer*innen brauchen ausreichend breite Wege, damit sie nicht bedrängt werden oder sich gegenseitig bedrängen. Die Bremer Straße ist ein positives Beispiel. Auf den Hauptradrouten und den Radschnellwegen wollen wir dem Radverkehr Vorrang geben. Wir fordern, dass Radfahrer*innen einmündende Seitenstraßen auf leicht erhöhten Rampen ohne Bordsteinkanten überqueren können und Autofahrer ihnen Vorfahrt gewähren müssen. Außerdem wollen wir die Einführung einer „grünen Welle“ für Radfahrer*innen auf den Hauptrouten prüfen. Radwege müssen ohne Wenn und Aber im Winter von Schnee und Eis geräumt werden – an den Hauptrouten mindestens genauso schnell wie die Autofahrbahnen.

Vorfahrt für Verkehrssicherheit

Selbstverständlich müssen sich alle Verkehrsteilnehmer*innen an die Verkehrsregeln halten und aufeinander Rücksicht nehmen. Die Verkehrssicherheit hat für uns GRÜNE hohe Priorität. Die zahlreichen schweren Unfälle der letzten Jahre mit toten und verletzten Radfahrer*innen offenbaren dringenden Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass wir unsere Kinder mit dem Auto fahren, weil wir Radfahren oder Zufußgehen für sie zu gefährlich halten.

Die Hauptsorge ist die Sicherheit an Straßenkreuzungen. Es ist skandalös, dass nicht einmal bei der Entschärfung der „Todeskreuzung“ Kommenderiestraße/Johannistorwall alle Fraktionen zugestimmt haben. Wir brauchen an Kreuzungen mehr rote Markierungen, Aufstellspuren vor Pkw und verbesserte Ampelschaltungen. Die Stadt muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die

Sichtbarkeit von Radfahrer*innen zu verbessern, zum Beispiel mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung, nicht näher als zehn Meter an einer Kreuzung zu parken.

Mehr Komfort für Radfahrer*innen

Radfahren soll in Osnabrück auch komfortabler werden. Wir brauchen mehr und überdachte Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt sowie in den Stadtteilen und Wohngebieten. Mit der Stellplatzsatzung haben wir erstmals konkrete Vorgaben für die Schaffung von Radabstellanlagen bei Neubauten oder Nutzungsänderungen beschlossen. Die Stadt muss hier schneller und konsequenter mit gutem Beispiel vorangehen. Sie muss endlich die von uns initiierten Ratsbeschlüsse umsetzen und die Abstellanlagen an Schulen, Sportplätzen und öffentlichen Gebäuden verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass in Wohngebieten Parkflächen am Straßenrand zu Radabstellanlagen umgewidmet werden. Auch für die steigende Zahl hochwertiger E-Räder brauchen wir sichere Abstellmöglichkeiten wie abschließbare Fahrradboxen. Außerdem setzen wir uns für Gepäckschließfächer und Luftpumpen in der Innenstadt sowie für ein Förderprogramm und Verleihsystem für Lastenräder ein. Wir unterstützen einen stadtweiten Fahrradverleih, auch für E-Räder. Städtische und private Arbeitgeber*innen sollen die Möglichkeit stärker nutzen, Diensträder zur Verfügung zu stellen.

Attraktive Bedingungen für Fußgänger*innen schaffen

Zufußgehen soll in unserer Stadt angenehmer, barrierefreier und sicherer werden. Es ist nicht nur eine effiziente Fortbewegung, sondern sichert auch die Teilhabe an der Gesellschaft, belebt die Stadt und ist gesund. Wir GRÜNE wollen gut ausgebaute Wege für Fußgänger*innen abseits der Autostraßen schaffen und sie durch mehr Bäume und Sitzgelegenheiten aufwerten. Für die sichere Überquerung der Straßen ohne große Umwege brauchen wir mehr Zebrastreifen, ausreichende Grünphasen mit schneller Anforderung, ebenerdige Querungen sowie mehr Mittelinseln. Wichtig ist auch, dass die Nahversorgung in den Stadtteilen erhalten bleibt. Jeder Weg, der ohne das Kraftfahrzeug zurückgelegt werden kann, ist ein Gewinn für Menschen und Umwelt. **[→Angenehm wohnen – in ganz Osnabrück]**

Busverkehr modernisieren

Das Osnabrücker Bussystem wird schon jetzt gut angenommen – trotzdem sind Steigerungen möglich und notwendig. Mit dem 3. Nahverkehrsplan haben wir GRÜNE im Rat hierfür die richtigen Weichen gestellt. Ab 2018 beginnt die Umstellung der gesamten Busflotte der Stadtwerke auf elektrischen Betrieb. Damit reduzieren sich Lärm- und Schadstoffbelastungen. Das ist ein zentrales Element der ÖPNV-Entwicklung in unserer Stadt. Das straßenbahnähnliche Design und die moderne Innenausstattung erhöhen den Komfort. Wichtig ist aber, dass die Busse nicht nur gut aussehen, sondern auch schnell unterwegs sind. Busse müssen in der Stadt Vorfahrt haben. Busbeschleunigung durch Ampelvorrangschaltung, Busspuren und die Beseitigung anderer Hindernisse ist deshalb für uns GRÜNE ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel.

Busnutzung flexibler gestalten

Das Busnetz wird sich in den nächsten Jahren verändern müssen. Schon lange gibt es den Wunsch nach mehr Querverbindungen im sternförmigen Netz. Schnelle Verbindungen auf den

Hauptachsen müssen hierbei klug mit Verbindungen in die Ortsteile und Wohngebiete kombiniert werden. Nur mit uns GRÜNEN kommen wir hier schnell und ohne faule Kompromisse voran.

Um allen Osnabrücker*innen Zugang zu mehr Mobilität zu ermöglichen, müssen die Angebote leicht zugänglich und flexibel. Wir setzen wir uns für eine verbesserte Tarifstruktur und Angebotstransparenz im Busverkehr ein. Ein Kleingruppenticket muss z. B. günstiger sein, als mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren. Außerdem brauchen wir Kurzstreckentickets und kombinierte Angebote für Bus- und Carsharing-Nutzung. Mit kontaktlosem Ticketkauf über das Smartphone wird das Busfahren unkomplizierter.

Schienengebundenen Nahverkehr ausbauen

Schienengebundener Nahverkehr bietet den größten Komfort und wird am besten akzeptiert. Osnabrück muss sich die Perspektive für ein schienengebundenes System deshalb unbedingt erhalten. Bauliche Entwicklungen dürfen dem nicht entgegenstehen. Wir unterstützen das OS-Bahn-Konzept als eine Art S-Bahn für Osnabrück auf den vorhandenen Schienenwegen. Durch neue Haltestellen, Reaktivierung von Strecken und zusätzliche Zugverbindungen bekommen auch die Menschen aus dem Umland ein attraktives Bahnangebot. Am Rosenplatz ist bereits ein neuer Haltepunkt in Planung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Haltepunkte in Eversburg, am Hafen, in Lüstringen oder an der Bremer Brücke geprüft werden. Außerdem befürworten wir einen durchgängigen 30-Minuten-Takt für den Haller Wilhelm und die Reaktivierung der Tecklenburger Nordbahn. Beim Neubau der Brücke an der Hamburger Straße muss endlich der Ostzugang zum Bahnhof realisiert werden. Außerdem wird ein Fernbusterminal am Ringlokschuppen für eine bessere Verknüpfung von Bus und Bahn auch im Fernverkehr sorgen.

Kfz-Verkehr reduzieren

Ziel einer modernen Politik zum Wohl der Menschen und der Umwelt muss es sein, möglichst viele Fahrten mit dem Auto unnötig werden zu lassen. Allein mit technischen Innovationen können wir die Klimaziele nicht erreichen und auch die Grenzwerte für Schadstoffe in der Luft nicht einhalten. Auch wenn die Belastung durch Feinstäube in den letzten Jahren zurückgegangen ist, werden die Grenzwerte für Stickoxide in Osnabrück regelmäßig überschritten, vor allem an den vielbefahrenen Hauptverkehrsstraßen mit enger Bebauung wie in der Lotter Straße, der Martinistraße, am Wall und am Neumarkt. Hauptverursacher in Osnabrück ist der Straßenverkehr. Fast die Hälfte der Wege zwischen 1 und 3 km legen die Osnabrücker*innen mit dem Pkw zurück; bei Wegen zwischen 3 und 5 km sind es fast zwei Drittel. Hier gibt es also ein enormes Potenzial zum Umstieg auf Rad und ÖPNV. Unser Ziel ist es, dass die Osnabrücker*innen bis spätestens 2040 80 % der Wege in der Stadt zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Bus erledigen – dafür muss Osnabrück die richtigen Angebote machen.

Verkehrsberuhigung steigert die Lebensqualität

Wir GRÜNE setzen uns für eine größtmögliche Ausweitung von Tempo 30 im Stadtgebiet ein. Dadurch wird die Verkehrssicherheit erhöht und krankmachender Lärm sowie Schadstoffe reduziert. Auch Hauptverkehrsstraßen dürfen kein Tabu sein, wenn es um die Gesundheit oder die Sicherheit geht. Im Bereich der Stadtteilzentren oder vor Schulen kann die Ausweisung von

Shared Space für ein sicheres Miteinander der Verkehrsarten sorgen. Auch für die Neugestaltung von Berliner Platz und Wittekindstraße wollen wir dieses Instrument prüfen.

Teilen macht Freude: Carsharing ausbauen

Schon jetzt besitzen ein Viertel der Osnabrücker Haushalte keinen Pkw. Durch bessere Radverbindungen, schnelleren und komfortablen ÖPNV und den Ausbau des Carsharings kann dieser Anteil noch gesteigert werden. Das Carsharing-Angebot wurde in den letzten Jahren durch die Kooperation mit den Stadtwerken und flexible Nutzungsmöglichkeiten deutlich aufgewertet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot weiter ausgebaut und „flow›k“ zu gleichen Konditionen in der ganzen Stadt angeboten wird.

Für eine Energiewende im Verkehr

Um Lärm und Schadstoffe zu reduzieren, wollen wir die Elektromobilität in Osnabrück weiter fördern. Die Stadt muss hier Vorbild sein und bei allen Fahrzeugbeschaffungen Elektrofahrzeugen den Vorrang geben. Im Carsharing sollen verstärkt Elektroautos eingesetzt und die Zahl der Ladestellen im gesamten Stadtgebiet vergrößert werden. Die Umstellung der Busflotte der Stadtwerke auf elektrischen Betrieb ist eine zukunftsweisende Entwicklung für mehr Komfort und weniger Lärm- und Schadstoffbelastung in unserer Stadt.

Schwerlastverkehr raus aus der Stadt

Der Lkw-Verkehr in unserer Stadt nimmt zu – er macht sie lauter, ungesünder und unsicherer. Wir wollen die Lkw-Belastung in der Innenstadt und in Wohnstraßen so weit wie möglich reduzieren. Dafür brauchen wir gezielte Lenkungsmaßnahmen und ein Lkw-Durchfahrtsverbot für Mautpreller*innen. Der größte Teil des Lkw-Verkehrs in der Innenstadt ist Ziel- und Quellverkehr für die Logistik und Produktionsstandorte im Hafen und im Fledder. Der Weg wird mitten durch die Stadt abgekürzt. Ein unhaltbarer Zustand, da Osnabrück zu drei Viertel von Autobahnen umgeben ist. Wir setzen uns dafür ein, dass aus Gründen des Lärmschutzes, der Sicherheit und der Luftreinhaltung kleinteilige Durchfahrtsverbote eingerichtet werden, die den Weg durch die Stadt für Lkws unattraktiv machen.

Wir GRÜNE fordern schon lange die Einführung einer City-Logistik. Die Warenströme müssen außerhalb des Zentrums gebündelt und dann möglichst mit Elektrofahrzeugen termingenau ausgefahren werden. Kleinere Fahrzeuge und auch Lastenräder sind umweltfreundliche und platzsparende Alternativen zu großen, meistens durch Dieselmotoren angetriebenen Fahrzeugen. Wir unterstützen aktiv alle Projekte, die unsere Innenstadt vom Lieferverkehr entlasten.

Kein Geld mehr in Beton versenken, sondern in Schiene und Wasser investieren

Neue Straßen schaffen neue Verkehre. Neue Straßen und Pläne von „mittleren Ringen“ gehören eindeutig zu den Strategien der autogerechten Stadt und damit in die Geschichtsbücher. Investitionen in weitere Elektrofahrzeuge im ÖPNV und für das Carsharing sind deutlich besser angelegt. Mit der Entscheidung gegen die Westumgehung haben die Osnabrücker*innen gezeigt, dass sie hinter zukunftsfähiger Mobilität stehen, die nicht mehr das Auto sondern die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das Nein zur Westumgehung ist nicht verhandelbar. Das Handlungskonzept, das aus dem Beteiligungsprozess zum Verkehrskonzept Westerberg

entwickelt wurde, muss nun konkretisiert werden. Entlastungen lassen sich durch bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, zusätzliche Querungshilfen, Geschwindigkeitsüberwachungen, eine Ausweitung des ÖPNV-Angebots, bessere Radwege und ein konsequentes Mobilitätsmanagement in der Umgebung erreichen. Die geplante Erschließungsstraße des Wissenschafts- und Wohnparks von der Natruper bis zur Sedanstraße wird allerdings wieder mehr Verkehr in das Quartier ziehen. Deshalb und wegen der hohen Kosten lehnen wir sie ab.

Wir lehnen den Bau der A 33 Nord weiter ab. Sie ist ökologisch schädlich und auch aus wirtschaftlicher Sicht unsinnig. Stattdessen fordern wir den Ausbau des Schienennetzes, damit Osnabrück und die Region auch weiter gut an den Fern- und Güterverkehr angebunden bleiben. Eine Hafenanbindung und der Zugang zum Mittellandkanal sind für einen Logistikstandort wie Osnabrück wichtig. Wir setzen uns für eine Kooperation mit der Region zugunsten einer gemeinsamen Hafenstrategie ein.

B) Osnabrück als moderne und inklusive Stadtgesellschaft

Eine Gesellschaft, in der jeder einzelne Mensch sich individuell entfalten und an der Gemeinschaft teilhaben kann ist für uns der Kern einer lebenswerten Stadt. Dabei darf es keine Rolle spielen, welchem Geschlecht oder welcher Religion diese Person angehört, wo sie herkommt oder welche sexuelle Orientierung sie hat. Eine moderne Stadtgesellschaft setzt auf soziale Fairness und Solidarität über sämtliche Unterschiede hinweg. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle individuellen Lebensentwürfe als gleichwertig akzeptiert werden.

Wir GRÜNE wollen Teilhabe für alle, egal ob jung oder alt, gesund oder krank. Durchmischte Quartiere, eine Stadtentwicklung, die dem demografischen Wandel und der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen Rechnung trägt, sind essentieller Teil von Kommunalpolitik. Wir setzen uns dazu für eine weltoffene Stadt, Kultur und Frieden, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit ein. In Osnabrück setzen wir seit jeher in diesem Bereich Akzente und werden dies auch weiter tun. Wir finden es hilfreich, wenn die bereits bestehenden Aktivitäten der Stadt Osnabrück, die mit gesellschaftlicher Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbunden sind, in einem Büro für gesellschaftliche Teilhabe gebündelt werden. Der wachsenden Vielfalt in unserer Stadt wollen wir auch dadurch gerecht werden, dass bei den von der Stadt beauftragten sozialen Trägern eine größere Vielfalt entsteht.

5. Für ein solidarisches Osnabrück

Gute Bedingungen schaffen

Solidarität und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler des Zusammenlebens und des Zusammenhalts der Stadtgesellschaft. Obwohl die Stadt die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Bundesebene und Landesebene direkt spürt, hat sie keinen Einfluss auf die Rahmenbedingungen und sozialen Standards. Wir GRÜNE werden deshalb alle Möglichkeiten kommunaler Politik dafür nutzen, dass finanzielle Ungleichheit in Osnabrück nicht zu sozialer Ausgrenzung führt. So haben wir in der laufenden Ratsperiode ein Sozialticket für den

Osnabrücker Busverkehr eingeführt. Mit der KUKUK-Karte ist der Zugang zu Kulturveranstaltungen auch für Menschen in finanziellen Notlagen möglich.

Wir werden dafür sorgen, dass die Stadtverwaltung weiter als fairer Arbeitgeber und Auftraggeber mit gutem Beispiel vorangeht. So müssen die Arbeitsverhältnisse in der Verwaltung und den kommunalen Betrieben stets den aktuellen Standards entsprechen. Außerdem muss die Verwaltung Inklusion vorleben. **[→Faire Verwaltung]** Mit einer engagierten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durch das Osnabrücker Jobcenter werden Osnabrücker*innen in würdige, auskömmliche und stabile Arbeitsverhältnisse vermittelt. **[→ Gut leben und arbeiten in Osnabrück]** Bezahlbarer Wohnraum in allen Stadtteilen ist für uns GRÜNE ein Eckpfeiler einer solidarischen und bunten Stadt. Dem zunehmenden Druck auf den Wohnungsmarkt werden wir deshalb mit wirksamen Instrumenten begegnen. **[→Wohnen]**

Armut und Benachteiligung bekämpfen

Ein roter Faden, der sich durch GRÜNE Sozialpolitik zieht, ist die Verhinderung von Armut. Jeder Mensch hat in ein Recht auf die Sicherung eines würdigen Existenzminimums. Auch wenn der Einfluss der Kommunalpolitik eingeschränkt ist, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass in unserer Stadt alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Menschen zu helfen, die durch Arbeitslosigkeit oder andere individuellen Schicksale in finanzielle Bedrängnis geraten. Wir wollen Zwangsumzüge wegen weniger Quadratmeter vermeiden – genauso wie Strom- und Gassperren. Zudem unterstützen wir die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse sowie eines Wohnungscoachings.

Auch der Zugang zu Bildung und Betreuung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wer nicht kann, muss in Osnabrück keine Betreuungsgebühren bezahlen – auch zu einem gesunden Mittagessen hat jedes Kind Zugang. Gerade Kinder müssen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern am sozialen Leben teilhaben können. Wir GRÜNE wollen die sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch Kinderarmut weiterführen. Wir wollen die Maßnahmen gegen Kinderarmut fortschreiben und dabei u.a. auch auf die Möglichkeiten des Osnabrück-Passes zurückgreifen, dessen Angebot möglichst gut erweitert werden soll. Die Schuldnerberatungsstelle soll verschuldeten Menschen eine Perspektive eröffnen. Um Menschen vor Schuldenfallen, wie Spielsucht zu bewahren, werden wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln das Wachstum der Spielhallen einschränken. Der Kampf gegen finanzielle Armut und soziale Benachteiligung setzt Kenntnis über das Problem voraus. Deshalb wollen wir, dass der Bericht über „Soziale Ungleichheiten“ als echter Armuts- und Reichtumsbericht fortgeschrieben wird.

6. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft. Zu den Grundlagen GRÜNER Politik gehört daher die Verantwortung für die junge Generation. Osnabrück bietet eine Menge für Kinder und Jugendliche, etwa zahlreiche neugestaltete Spielplätze, die renovierte Skateanlage an der Liebigstraße, die Jugendkulturtage, Grünflächen, den Ferienpass und vieles weitere. In Osnabrück können Kinder und Jugendliche glücklich aufwachsen. Ziel GRÜNER Politik ist es, die Situation und die Chancen von Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern und Osnabrück

für alle jungen Menschen als Lebensort noch attraktiver zu machen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, von der Gesellschaft mit gerechten Lebenschancen ausgestattet zu werden. GRÜNE Kinder- und Jugendpolitik setzt daher auf Beteiligung, Freiräume und Förderung sowie auf Prävention vor Gewalt und Armut.

Kinder- und Jugendbeteiligung ausbauen

Wir GRÜNE stehen für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Kinder und Jugendliche sollen sich einmischen und ihre Geschicke weitmöglichst mitbestimmen können. Sie sind ein eigenständiger Teil der Gesellschaft. Daher wollen wir nicht nur die Angebote der Stadt stärken, sondern besonders selbstorganisierte Projekte fördern und so die Jugendpolitik stärker in die Hände der Jugendlichen selbst legen. Sie sollen noch besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Die Einrichtung des Jugendparlamentes war ein wichtiger Schritt dorthin. Wir wollen es stärken. Jugendliche sollen in ihrem politischen Engagement und Interesse durch zielgruppenorientierte Information seitens der Stadtverwaltung unterstützt werden. Das Jugendparlament möchten wir um offene und frei zugängliche Beteiligungsformen für Jugendliche ergänzen. Hierfür wollen wir u. a. themenbezogene Jugendforen einrichten.

[→Bürger*innenstadt Osnabrück – mitmachen und Demokratie stärken]

Mehr Raum für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche müssen weiterhin die Möglichkeit haben, sich treffen und entfalten zu können. Deshalb brauchen wir neben Spielplätzen und verschiedenen Sportanlagen auch frei zugängliche Flächen. Diese Orte machen die Stadt attraktiver für Familien. Jugendzentren, auch selbst verantwortete, sind wichtig. Wir werden sie weiter angemessen ausstatten. In Jugendzentren werden Kinder und Jugendliche nach ihren sportlichen, kreativen und kulturellen Interessen auf besondere Weise unabhängig von Elternhaus oder Schulform gefördert. Sie stellen als Orte außerschulischer Bildungsarbeit eine wichtige Ergänzung zur Schule dar. Sie sind Anlaufstelle für Interessen, aber auch Fragen und Sorgen. Auch Jugendverbände und -projekte leisten hier wichtige Arbeit, um Jugendlichen vielfältige Freizeit und Bildungsangebote zu machen. Angebote für Kinder und Jugendliche müssen weiter wohnortnah sein. Wir wollen die Stadtteilarbeit künftig stärker vernetzen. Gemeinschafts-, Jugend- und Familienzentren sind auch Orte für gesellschaftliches Leben im Stadtteil. Sie stehen für Unterstützung und Unterhaltung. Wir wollen, dass sie noch mehr mit anderen Einrichtungen – auch Schulen und Kindertagesstätten – kooperieren und sie konzeptionell zu Stadtteil- oder Quartierszentren weiterentwickeln.

Kinder stärken und schützen

Kinder haben ein Recht auf Sicherheit und eine gewaltfreie Erziehung. Die erfolgreiche Präventionsarbeit in Osnabrück hat für uns dabei weiter Vorrang. Am wirksamsten ist sie, wenn sie individuell und dezentral bzw. wohnort- und schulortnah umgesetzt werden kann. Wir wollen das Konzept „Kinderschutz durch Prävention“ kontinuierlich weiterentwickeln und umsetzen. Das „Strategiekonzept zur Überwindung der Kinder- und Jugendarmut in Osnabrück“ muss um neue Herausforderungen, wie zum Beispiel die gesellschaftliche Integration von Kindern Geflüchteter, ergänzt werden. Mit dem Runden Tisch Kinderarmut haben wir ein Gremium geschaffen, das alle wichtigen Akteure zusammenführt, um jenseits der Grenzen von

Zuständigkeiten gemeinsam Konzepte zu erstellen sowie die Osnabrücker Politik zu beraten.

Wir GRÜNE stehen dafür, dass kein Kind vom sozialen und kulturellen Miteinander ausgeschlossen wird. Jedem Kind muss es offenstehen, einen Sportverein, die Musikschule oder das Schwimmbad mit Freund*innen zu besuchen. Neben dem OS-Pass haben wir mit dem Sozialticket und der KUKUK-Karte wichtige Instrumente für gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Alle Kinder sollen einen Zugang zu einem bezahlbaren, gesunden Mittagessen in ihrem sozialen Umfeld bekommen. Die Jugendhilfe muss sich stärker als bislang für interkulturelle Herausforderungen öffnen.
Wir GRÜNE wollen, dass es neben gemeinsamen auch separate Angebote für Mädchen und Jungen gibt, bei denen sie sich frei über geschlechtsspezifische Probleme austauschen können und beraten werden. Gerade Mädchen, die aus Elternhäusern stammen, in denen Gleichberechtigung nicht selbstverständlich gelebt wird, brauchen Angebote und Vorbilder, die ihr Selbstbewusstsein stärken. Diese Angebote benötigen eine besondere Unterstützung. Deshalb wollen wir die speziellen Angebote und Freiräume für Mädchen wie das Mädchenzentrum „Café Dauerwelle“ oder das Mädchenfußballprojekt erhalten.

7. Familien unterstützen

Wir GRÜNE stehen für ein modernes Familienbild. Unsere Familienpolitik unterstützt alle Formen gemeinschaftlicher Lebensweise. Eltern und Familien kommt als erstem und umfassendem Lebensort eine besondere Bedeutung und Verantwortung bei der Entwicklung von Kindern zu. Wir wollen, dass die Stadt Eltern zielgenau unterstützt und ihnen bei Bedarf partnerschaftliche Angebote macht.

Kinderbetreuung weiterentwickeln

Osnabrück ist eine sehr familienfreundliche Stadt. Mit enormer Kraftanstrengung ist es uns durch den zügigen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für unter dreijährige Kinder zu erfüllen. Wir haben die Zahl der Ganztagsplätze seit 2010 mehr als verdoppelt, sodass jetzt drei Viertel aller Plätze Ganztagsplätze sind. Wir GRÜNE wollen, dass jedes Kind in Krippen und Kindertagesstätten möglichst früh, optimal und nachhaltig gefördert werden kann. In der kommenden Ratsperiode werden wir unser Hauptaugenmerk auf die Qualitätsentwicklung legen. Wir sind überzeugt, dass es auch mit wenig finanziellem Aufwand möglich ist, Verbesserungen umzusetzen, etwa die Vernetzung mit Familienzentren sowie die Förderung von gesunder Ernährung und Bewegung. Die städtischen Einrichtungen sollen hier als Vorreiterinnen vorangehen. Osnabrück hat auch im Vergleich zu den Umlandgemeinden sehr günstige KiTa-Beiträge, die durch die Geschwisterregelung zudem bereits eine soziale Komponente haben. Solange fehlende Bundesmittel einen beitragsfreien KiTa-Besuch nicht zulassen, streben wir eine einkommensabhängige Staffelung der Elternbeiträge an.

Sprachförderung und Ganztagsbetreuung von Anfang an

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Bereits vor dem ersten Grundschuljahr müssen Sprachdefizite erkannt werden, damit eine gezielte Förderung einsetzen kann. Am besten gelingt dies, wenn Kinder spätestens ein Jahr vor der Einschulung

Kindertagesstätten besuchen. Bei den Betreuungsangeboten für Kinder ab der Grundschule sehen wir noch großen Verbesserungsbedarf. Deswegen stehen wir weiter zur schrittweisen Umwandlung aller Grundschulen in Ganztagsschulen. Das Land hat die Ausstattung von Ganztagsschulen verbessert. Wir werden weiterhin dafür eintreten, dass gebundene Ganztagsschulen an allen Grundschulstandorten möglich und finanzierbar werden. Bis dahin wollen wir eine flexible Betreuung an den Grundschulen einführen. **[→Mehr** Ganztag**]**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Wir GRÜNE betrachten eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigen Standortfaktor und Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft. Mehr und bessere Betreuungsangebote sind hier nur ein Baustein. Auch wenn Menschen Angehörige pflegen, geraten sie im Berufsleben zusätzlich unter Druck. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Arbeitsplätze familienfreundlicher gestaltet werden, beispielsweise durch angepasste Arbeitszeiten und flexible Anwesenheitsmodelle. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Auch bei Unternehmen soll die Stadt weiter für Familienfreundlichkeit werben und sie dabei unterstützen, moderne Arbeitsmodelle umzusetzen.

8. Osnabrück wird älter

Wir leben immer länger. Das ist auch gut so. Im Jahr 2025 wird voraussichtlich knapp ein Viertel der Osnabrücker*innen über 65 Jahre alt sein. Wir GRÜNEN wollen, dass davon die gesamte Stadtgesellschaft profitiert. Ältere Frauen und Männer sollen ihre Autonomie behalten können. Politik für Ältere ist politische Querschnittsaufgabe, sie ist Zukunftspolitik.

Teilhabe ermöglichen

Ältere Menschen müssen das gesellschaftliche Leben aktiv mitgestalten können. Der demografische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Die Stadt muss die Infrastruktur dafür bereitstellen. Wir setzen darauf, dass das Seniorenservicebüro und die Seniorenbeauftragte Beratung und Aufklärung für Senior*innen aufrechterhalten. Es ist der berechtigte Anspruch vieler Menschen, nach ihrem Berufsleben noch stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Gesellschaft braucht sie, denn sie bringen ein hohes Maß an Erfahrung, Potenzialen, Fähigkeiten und Kompetenzen ein. Engagement hilft, die Kreativität und Selbstständigkeit lange zu erhalten, beugt der Gefahr des Alleinseins vor und wirkt sich positiv die Gesundheit aus. Wir werden gezielt Projekte unterstützen, die gemeinsame Lebensbereiche für Jüngere und Ältere schaffen und so den Austausch und das Zusammenleben der Generationen zum Wohle aller fördern.

Stadtteilpolitik – altersgerecht und gut wohnen

Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass in allen Stadtteilen eine gute Nahversorgung aufrechterhalten bleibt. Dazu gehören Geschäfte, Ärzte und Dienstleistungen und Zugang zu einem guten Busnetz. Besonders Senior*innen sind oft darauf angewiesen, diese ohne lange Wege zu erreichen. Durch Barrierefreiheit und altersgemischte Quartiere wollen wir das Zusammenleben der Generationen fördern. Barrierefreie Stadtteilzentren können Orte des Zusammenlebens der Generationen und ein Anlaufpunkt für kommunale Serviceangebote sein.

Die Freizeitangebote müssen der Vielfalt der „neuen Alten“ und ihren Wünschen und Interessen entsprechen. Es gibt bereits viele positive Beispiele für lokale und stadtteilbezogene Projekte, die wir GRÜNEN fordern und fördern. Mehrgenerationenhäuser oder der Mehrgenerationenspielplatz als Treffpunkt sind gelungene Beispiele. **[→Quartiere stärken]**

Passgenaue Pflege

Gute Pflege ist eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wir wollen flexible, quartiersbezogene und wohnortnahe Pflegeangebote entwickeln und fördern und keine Pflegefabriken auf der „Grünen Wiese“ schaffen. Gerade flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote sollen dabei helfen, dass die zu Pflegenden möglichst lange in ihrem bekannten, persönlichen Umfeld bleiben können. Bei der Pflege müssen passgenaue Angebote für Jung und Alt gemacht sowie unterschiedliche Lebensweisen, Bedürfnisse und Kulturen berücksichtigt werden. Hier muss sich die gesamte gesellschaftliche Vielfalt wiederfinden. Wir brauchen kultursensible Pflege für alle.

Außerdem wollen wir eine substantielle Verbesserung für die Pflegenden erreichen – seien es professionelle Pfleger*innen oder Familienangehörige. Prekäre Arbeit muss verhindert und im familiären Umfeld dafür gesorgt werden, dass Pflegende nicht unter die Räder kommen.

9. Barrierefreies Osnabrück und Inklusion voranbringen

Menschen mit Behinderungen werden durch verschiedenartige Barrieren an einer gleichberechtigten beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe gehindert. Wir wollen, dass Osnabrück auf dem Weg zur Barrierefreiheit weiter vorankommt. Nur so ist für alle Menschen mit und ohne Behinderung eine vollumfängliche Teilhabe an Gesellschaft, Kultur, Wohnungsmarkt, öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen möglich. Die Achtung verschiedener Begabungen und Fähigkeiten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse jedes einzelnen steigert die Lebensqualität aller Menschen.

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung umsetzen

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ein – durch konkrete kommunale Schritte und auf Basis des von uns bereits 2011 initiierten und beschlossenen „Aktionsplans inklusives Osnabücks“. Wir wollen, dass alle öffentlich zugänglichen Gebäude barrierefrei werden. Auch bei nicht-städtischen Einrichtungen wollen wir durch Beratung des zu gründenden Teilhabebüros Zugang und Partizipation verbessern und den Dialog mit der Stadt verstärken.

Selbstständigkeit unterstützen

Wir GRÜNE wollen die Selbstständigkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen unterstützen. Modelle wie das persönliche Budget ermöglichen ein freieres Leben in Eigenregie und größtmögliche Teilhabe an der Gesellschaft. Wir wollen durch erweiterte Beratung und Informationsangebote möglichst vielen den Zugang zu diesem Modell ermöglichen.

Trägervielfalt ist gut für alle

Auch in der Assistenz von Menschen mit Behinderungen streben wir einen Paradigmenwechsel an. Durch eine Trägervielfalt wollen wir eine Neuausrichtung in der Assistenz von Menschen mit

Behinderungen fördern, die Selbstbestimmung und eine gleichberechtigte berufliche, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir wollen lokale, kleine Initiativen oder Zusammenschlüsse von Menschen mit Behinderungen unterstützen, um dieses Ziel zu erreichen und kultursensible, religionsunabhängige Angebote zu realisieren.

Inklusion in Schule und Ausbildung

Auf Basis der entsprechenden UN-Konvention muss die inklusive Beschulung von Schüler*innen an allen Schulformen ermöglicht und die inklusiven Schulen zielgenau und angemessen ausgestattet werden. Bei den Planungen wollen wir den Arbeitskreis Inklusion nach wie vor stark einbeziehen. Weitere Ausbildung und Sensibilisierung von Personal – vor allem auch an Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen – sind ein weiterer Schritt für eine funktionierende Inklusion.

10. Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Wir GRÜNE stehen seit Bestehen unserer Partei für eine gerechte und aktive Frauenpolitik. Auf unsere Initiative hat Osnabrück 2012 die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen“ unterzeichnet. Damit haben wir ein starkes Signal zur Gleichstellung gegeben. Wir verstehen Gleichstellungspolitik als eine Querschnittsaufgabe, deren Aspekte bei allen zukünftigen Vorhaben berücksichtigt werden müssen. Die Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans ist für uns GRÜNE ein besonderes Anliegen, weshalb wir die Frauen- und Gleichstellungspolitik in den nächsten fünf Jahren fortwährend stärken und vorantreiben wollen. Das Gleichstellungsbüro der Stadt Osnabrück ist für uns dabei unverzichtbar. Die Stellenausstattung darf nicht gekürzt werden.

Gerechte Teilhabe von Frauen und Männern

Frauen bekommen für gleichwertige Arbeit und Qualifikation immer noch 21 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Weiterhin besetzen Frauen bei gleicher Qualifikation weniger Führungspositionen – sowohl in Wirtschaft als auch in Verwaltung. Frauen sind häufiger prekär beschäftigt als ihre männlichen Kollegen. Im Bereich „Elternzeit“ oder „häusliche Pflege“ sind sie überdurchschnittlich vertreten. Uns GRÜNEN ist bewusst, dass diese ungleichen Verhältnisse langfristige Auswirkungen haben, denn durch die schlechtere Bezahlung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder die Übernahme der häuslichen Pflege ist das Rentenniveau derzeit bei Frauen schon um 60 % geringer. Wir setzen uns vor diesem Hintergrund für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik ein, um die Einkommensunterschiede von Frauen und Männern zu beseitigen.

Frauen steht ein gleichberechtigter Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung zu. Eine geschlechtergerechte Personalentwicklung und eine dahingehende Sensibilisierung sind uns GRÜNEN dabei sehr wichtig. **[→Faire Verwaltung]** Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Frauen und Männer – verbessern. In Osnabrück ist in den letzten Jahren bereits viel erreicht worden und trotzdem ist es für berufstätige Frauen oft noch ungleich schwerer, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Arbeitsmarktpolitik und die Fort- und Weiterbildungsprogramme müssen weiter ausgebaut

werden. Auf die Ressourcen und Qualifikationen von Frauen können und wollen wir nicht verzichten. **[→Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern]**

Frauen aktiv vor Gewalt schützen

Durch die aktive Frauenbewegung seit den 1980er Jahren sind in Osnabrück viele Projekte entstanden, die für den Schutz von Frauen von unschätzbarem Wert sind. Die finanzielle Unterstützung von Frauenberatungsstelle, Frauennotruf und Frauenhaus muss durch langfristige Verträge gesichert werden. Die Sicherheit von Frauen muss auch in Zeiten knapper Kassen gewährleistet sein. Wir GRÜNE zeigen Null-Toleranz bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Wir werden Projekte und Programme unterstützen, die bereits in KiTas und Schulen ansetzen. Je früher Prävention einsetzt, umso wirksamer ist sie. Gewaltschutz und Gewaltprävention sind für eine frauenfreundliche und eine sichere Stadt wichtig.

11. Queeres Osnabrück

Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass Lesben, Schwule, Transgender, Hetero-, Bi- und Intersexuelle in der Stadt Osnabrück als vollständig gleichwertig akzeptiert werden und sichtbar sind. Dies betrifft die Stadt als Arbeitgeberin, als Dienstleisterin und auch die gesamte Osnabrücker Zivilgesellschaft. In allen Belangen der Stadt – von der Jugendarbeit, in der Schule, in Kultur, im Gesundheits- und Sozialwesen bis zu Bildung und Sport sowie bei der Anerkennung von Asylbewerber*innen und Migrant*innen – sollen queere Lebensweisen Berücksichtigung finden.

Osnabrück darf keine Diskriminierung zulassen

Die von uns initiierte und durchgesetzte Arbeitsgemeinschaft „Lesben- und Schwulenpolitik“ der Stadt Osnabrück (AG LuSchP) hat in zahlreichen Politikfeldern Fortschritte erreicht. Es gilt auch weiterhin, die Antidiskriminierungsmaßnahmen umzusetzen, welche in der 2002 verabschiedeten Dokumentation der AG vorgeschlagenen wurden. Wir werden uns dafür stark machen, dass die Stadt Osnabrück als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion bezüglich eines gleichberechtigten und offenen Umganges mit ihren queeren Mitarbeiter*innen übernimmt.

Diskriminierung von queer lebenden Menschen ist auch mit religiösen Überzeugungen nicht zu rechtfertigen. Wir fordern daher die kirchlichen Einrichtungen unserer Stadt auf, bestehende diskriminierende Haltungen und Handlungen zu überdenken und diese einzustellen. Insbesondere gilt dies auch für das diskriminierende kirchliche Arbeitsrecht.

Beratungs- und Projektarbeit ausbauen

Bei der Stadt soll künftig eine Ansprechpartner*in für lesbisch-schwule Belange zur Verfügung stehen. Außerdem soll das schwul-lesbische Kulturfestival „Gay in May“ weiter gefördert und durch Marketingaktionen der Stadt aktiv beworben werden. Für LGBTI-Projekte, deren Selbsthilfeeinrichtungen und Initiativen wollen wir eine Unterstützung erreichen, die im städtischen Haushalt transparent wird und für freie Träger und Selbsthilfegruppen Planungssicherheit bringt. Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen müssen weiterhin gefördert und langfristig gesichert werden. Bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen städtischen sowie städtisch geförderten Beratungsstellen soll die Situation von Lesben mehr Berücksichtigung finden. Besonders junge

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender benötigen angemessene Angebote von Jugend- und Familienberatungsstellen. Da Lesben und Schwule im Alter in Senioren- und Pflegeheimen oft auf Unverständnis oder Ignoranz stoßen, halten wir eine Sensibilisierung des Pflegepersonals durch gezielte Schulungen und eine an Vielfalt orientierte Personalentwicklung für wichtig.

Übrigens: Die GRÜNE Ratsfraktion hat in der ablaufenden Ratsperiode mit einer offen lesbischen Ratsfrau und einem offen schwulen Ratsherren zur Sichtbarkeit von Lesben und Schwulen in der Kommunalpolitik beigetragen.

12. Weltoffenes Osnabrück

Osnabrück ist eine weltoffene, wachsende Stadt – dazu leisten aus dem Ausland zugewanderte Menschen einen wesentlichen Beitrag. Alle Menschen, die zu uns kommen, sind willkommen. In Osnabrück leben, arbeiten, forschen und lernen Menschen aus über 140 Ländern friedlich zusammen. Mittlerweile hat ein Viertel der Osnabrücker*innen eigene Migrationserfahrung oder einen Elternteil, der im Ausland geboren ist. All diese Menschen sind längst zu einem selbstverständlichen und nicht mehr wegzudenkenden Teil unserer Stadt geworden. Seit einigen Monaten kommen vermehrt geflüchtete Menschen zu uns und auch sie sind schon heute Teil unserer Stadtgesellschaft **[→Zufluchtsuchende willkommen heißen]**. Sie alle tragen wesentlich zur Vielfalt unserer Stadt bei. Diese Vielfalt ist eine wichtige Ressource und Chance für die Zukunft

Für eine ambitionierte kommunale Integrationspolitik

Wir verstehen Integration als Teilhabe zugewanderter Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft; also bei Arbeit und Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Sozialem und Gesundheit, Recht und Politik. Auch wenn Integration in Osnabrück insgesamt gut gelingt, wollen wir sichtbare und unsichtbare Barrieren weiter abbauen. Mit der Integrationsbeauftragten ist das Thema Integration und gesellschaftliche Teilhabe als zentrale Querschnittsaufgabe in der Verwaltung gut verankert. Integration bedeutet für uns GRÜNE nicht nur den Blick auf den Geburtsort oder den Geburtsort der Eltern – gesellschaftliche und soziale Integration hat grundsätzlich alle Menschen der Stadt als Zielgruppe. Die Stadtverwaltung ist hier die erste Anlaufstelle. Wir wollen, dass sich alle Menschen mit „Migrationshintergrund“ in der Verwaltung als Kund*innen und auch als Mitarbeiter*innen willkommen fühlen. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, ihren Anteil in der Stadtverwaltung dem Bevölkerungsanteil entsprechend zu erhöhen. **[→ Bunte Verwaltung]**

Politische Partizipation stärken

Gesellschaftliche Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können. Mit dem Migrationsbeirat gibt es ein Gremium, das die Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen stärkt. Da der Selbstverwaltungsgedanke gerade auf kommunaler Ebene von besonders großer Bedeutung ist, muss politische Teilhabe hier unabhängig von der Staatsbürgerschaft sein. Es ist deshalb richtig, dass der niedersächsische Landtag befürwortet, dass künftig alle Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz – egal welcher

Staatsangehörigkeit – das kommunale Wahlrecht bekommen sollen. Wir setzen uns für eine entsprechende Grundgesetzänderung ein.

Toleranz und Respekt

Egal ob der Geburtsort Osnabrück oder Osaka ist, ob man selbst oder die Eltern aus Melle, Marseille, Marrakesch, Murmansk oder München zugezogen sind: Wer in Osnabrück lebt, muss sich an das Grundgesetz und weitere Gesetze und Regeln des Zusammenlebens halten. Toleranz und Respekt gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen gehört zum Selbstverständnis Osnabrücks als Friedensstadt. Toleranz bedeutet aber nicht, zu Positionen zu schweigen, die wir ablehnen. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen oder Homosexuellen ist inakzeptabel – egal ob religiös oder politisch motiviert. **[→ Mehr als eine Marke – „Friedensstadt“ leben]**

Die Stadtgesellschaft wird in den kommenden Jahren noch vielfältiger werden. Deshalb ist uns gerade auch bei den von der Stadt beauftragten Trägern kommunaler Aufgaben eine große Vielfalt wichtig. Die durch das kirchliche Arbeitsrecht verursachten Diskriminierungen großer Bevölkerungsteile möchten wir überwinden.

Gemeinsam gegen Rassismus

Wir GRÜNEN setzen uns gegen Rechtsextremismus und steigenden Rechtspopulismus ein. Deshalb stärken wir Bündnisse vor Ort, zivilgesellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Mit dem von uns initiierten Beitritt zum „Aktionsbündnis gegen Rassismus" sendet Osnabrück dieses deutliche Signal ebenso wie wir.

Integration durch Bildung und Arbeitsmarkt

In zahlreichen Grundschulklassen liegt der Anteil von Schüler*innen mit sogenanntem Migrationshintergrund bei über 50 %. Migration ist in unserer globalisierten Welt der Normalfall. Ein „Migrationshintergrund“ ist also wenig hilfreich, um Förderbedarfe zu identifizieren. Wir brauchen passgenaue Angebote und Förderungsinstrumente, die individuelle Bedarfe in den Blick nehmen. Konkret helfen hier gebundene Ganztagsschulen, Schulsozialarbeit, Sprachförderung in KiTas und Grundschulen sowie längeres gemeinsames Lernen. Der Fachdienst Bildung muss hier die richtigen Schwerpunkte setzen und Beratungsangebote machen, damit zugewanderte Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene ein ausreichendes Bildungsangebot vorfinden. Die von der Bundesregierung verantworteten „Integrationskurse“ decken den Bedarf bei Weitem nicht. Beratungsangebote für die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen sind notwendig, um bestehende Potenziale zu heben und Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten einzubringen. Gemeinsam mit Arbeitsagentur, Einzelhandelsverband, Handwerkskammer und IHK wollen wir Schwellen abbauen, die Menschen in ihrer Selbstständigkeit behindern, indem wir Netzwerke zwischen Unternehmer*innen und Gründungsinteressierten fördern.

13. Zufluchtsuchende willkommen heißen

Unzählige Osnabrücker*innen engagieren sich hauptberuflich und ehrenamtlich, um Zuflucht suchenden Menschen zu helfen. Sie leisten Herausragendes für die Integration. Auch wir GRÜNE

stehen dafür, alle geflüchteten Menschen, die hier leben, gleich zu behandeln und nicht gegeneinander auszuspielen. Dass Integration gelingt und der Zuzug für die Stadtgesellschaft ein Gewinn wird, ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Ratsperiode, der wir uns gemeinsam stellen werden.

Osnabrück – Vorbild bei Konzept und Engagement

Während deutschlandweit mit der steigenden Zahl an Zufluchtsuchenden eine Verwaltungs- und Infrastrukturkrise deutlich wurde, waren wir in Osnabrück dank des bereits 2013 erstellten Konzepts gut aufgestellt. Das von uns mitinitiierte Konzept zur Wohnraumversorgung und Integration geflüchteter Menschen wird über die Stadtgrenzen hinaus öffentlich gelobt und dient anderen Kommunen als Vorbild. Die Koordinierungsstelle Flüchtlingssozialarbeit bei Outlaw, der Caritas und im städtischen Fachdienst Integration setzt das Konzept um. Zusätzlich konnte mit dem Konzept der Freiwilligen-Agentur auch das überwältigende ehrenamtliche Engagement zielgerichtet abgestimmt werden. Die Idee des Osnabrücker Konzeptes – Integration, Unterbringung in kleinen Wohneinheiten, Sozialarbeit, Zusammenleben in der Gesellschaft – trägt weiterhin und dient dem Zusammenhalt in der Stadt. Wir werden diese erfolgreiche Arbeit weiter fördern.

Gute, dezentrale Unterkünfte ermöglichen Integration

Auch wenn wir unsere hohen Standards bei der Unterbringung nicht immer halten konnten, ist es uns gelungen, Menschen überwiegend dezentral und in kleinen Wohneinheiten unterzubringen. Die Stadt Osnabrück hat zur Unterbringung von Flüchtlingen mehrere Gebäude und Wohnungen angemietet bzw. angekauft, saniert und modernisiert. Mit der Nutzung der ehemaligen Klinik „Am Natruper Holz" als Landeseinrichtung zur Aufnahme von Geflüchteten durch das Land Niedersachsen konnte eine sinnvolle Nachnutzung des leerstehenden Gebäudebestands realisiert werden. Wir unterstützen weiter alle Initiativen zur Anmietung von Wohnraum für Geflüchtete. **[→ Wohnen in einer wachsenden Stadt]**

Integration von Anfang an

Es bedarf des Engagements sowohl der Stadtgesellschaft als auch der Zufluchtsuchenden, damit Integration gelingt. Etwa die Hälfte der Geflüchteten in Osnabrück ist jünger als 25 Jahre. Gerade bei jungen Menschen sind die Voraussetzungen für gelingende Integration gut. Dafür brauchen sie eine verlässliche Bleibeperspektive und schnelle Integrationsangebote. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist genauso ein Integrationshemmnis, wie die Unfähigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), es Zufluchtsuchenden zu ermöglichen, dass sie in einem erträglichen Zeitrahmen einen Asylantrag stellen können. Wir werden weiter alle kommunalen Spielräume nutzen, um schnelle Angebote zum Spracherwerb und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und Bürokratie abzubauen. Dazu gehört auch die von uns schon lange geforderte Gesundheitskarte. Die rot-grüne Landesregierung hat eine Rahmenvereinbarung mit den gesetzlichen Krankenkassen beschlossen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Osnabrück beitritt und die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete schnellstmöglich einführt.

Sprache lernen – Integration in Kita, Schule, Hochschulen und Arbeitsmarkt
Viele Geflüchtete sind hochmotiviert, zu lernen und zu arbeiten, um sich ein neues Leben aufzubauen. Diese Motivation wollen wir anerkennen und gemeinsam mit allen Akteuren Angebote zur Integration in Schulen, Hochschulen, in den Beruf und in das städtische Leben organisieren.

Auf Basis unserer Ratsinitiative „Flüchtlingen eine Beschäftigung ermöglichen" hat sich ein Steuerungskreis aus Verwaltung, Arbeitsagentur, Caritas, den Kammern und Vertreter*innen der Ratsfraktionen gegründet, mit dem Ziel, Geflüchteten einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ausgehend von dieser fruchtbaren Vernetzung werden Maßnahmen und Projekte entwickelt, beispielsweise zur besseren Vermittlung der deutschen Sprache, geeigneter Qualifizierungsmaßnahmen und berufspraktischen Weiterbildungen. Wir GRÜNE werden auf dieser Grundlage weitere politische Initiativen umsetzen und gleichzeitig darauf achten, dass keine prekären Arbeitsplätze geschaffen und Geflüchtete nicht gegen andere Beschäftigte ausgespielt werden. **[→ Gut leben und arbeiten in Osnabrück]**

Menschen in die Stadtgesellschaft integrieren
Wir unterstützen Initiativen und Aktionen, die sich um Kontakt und Begegnungen in der Alltagswelt kümmern. EXIL Verein, Freizeit für Flüchtlingskinder, Outlaw, Diakonie und Caritas sowie weitere öffentliche und private Träger und Initiativen sorgen dafür, dass Zufluchtsuchende nicht nur *bei* uns leben, sondern auch *mit* uns. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, da es Integration behindert statt zu fördern. Die Osnabrücker*innen senden starke Signale, wenn sie sich in einem breiten Bündnis aus kirchlichen und gesellschaftlichen Gruppen gegen die Abschiebung bereits gut integrierter Menschen wenden. Wir fordern Bleiberechtsregelungen, die langjährig Geduldeten eine Aufenthaltserlaubnis ermöglichen.

Viele Geflüchtete sind durch Gewalt und Leid traumatisiert; ihr Alltag ist von Unsicherheit über ihre weitere Zukunft geprägt. Kulturarbeit mit Flüchtlingen hilft, das Erlebte zu verarbeiten und die Verständigung zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern. Die vielfältige Osnabrücker Kulturszene ist bestens geeignet, Geflüchtete an Kultur – aktiv wie passiv – teilhaben zu lassen. Entsprechende Angebote wollen wir fördern.

Gemeinsame Freizeit- und Sportaktivitäten unterstützen den interkulturellen Kontakt und bauen so Vorurteile ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportvereine ihre gute gesellschaftliche Verankerung nutzen können, um Geflüchtete in das städtische Leben Osnabrücks einzubinden. Mit einem Sondertopf wollen wir es Geflüchteten ermöglichen, Vereinen beizutreten.

Finanzielle Verantwortung wahrnehmen
Die Kosten der Integration können nicht von den Kommunen und den Ländern allein getragen werden. Es ist gut, dass das Land die Aufnahmepauschale erhöht hat und auch weiter erhöhen wird. Insgesamt muss aber der Bund einen wesentlich höheren, verlässlichen Beitrag zur Integration leisten. Dazu gehören mehr Investitionen in KiTa-Plätze, Schulen, Sozialarbeit, Wohnungsbau und den geförderten Arbeitsmarkt für die gesamte Gesellschaft.

C) Osnabrück als Stadt der Lebensqualität

14. Kultur schafft Lebensqualität für Osnabrück

Kunst und Kultur machen das Leben schöner. Sie steigern die Attraktivität und die Lebensqualität Osnabrücks, ermöglichen Identifikation mit der Stadt und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie geben Denk- und Debattenanstöße. Sie helfen dabei, Unternehmen, Fachkräfte und Studierende an unsere Stadt zu binden, fördern die Außenwirkung und den Tourismus. Aber in erster Linie sind Kunst und Kultur frei und nicht funktionsgebunden. Es gibt für uns viele gute Gründe, auch in Zeiten knapper Mittel Geld für Kulturförderung auszugeben. Damit Osnabrück auch in zehn Jahren noch eine lebendige und attraktive Stadt ist, die wirtschaftlich auf gesunden und nachhaltigen Beinen steht und die eine starke und solidarische Stadtgesellschaft hat, brauchen wir eine lebendige Kulturszene. Kunst und Kultur sind außerdem eine ausgesprochen beschäftigungswirksame Branche. In Osnabrück entstehen Kunst und Kultur und kommen nicht nur vorbei. Wir wollen, dass das so bleibt. Eine lebendige und vielfältige Kulturszene ist deshalb ein Schlüssel für die positive Entwicklung der Stadt.

Vielfalt stärken – Innovation ermöglichen

Wir GRÜNE setzen auf die Stärke der kulturellen Vielfalt in Osnabrück. Nur so ist kulturelle Teilhabe für alle möglich. Eine Reduzierung dieser Vielfalt lehnen wir ab. Neben den starken kommunalen Kultureinrichtungen – wie dem Theater, der Musik&Kunstschule, der Stadtbibliothek, der Kunsthalle Osnabrück und den Museen – tragen die zahlreichen freien Kulturträger ganz maßgeblich zum herausragenden Kulturangebot unserer Stadt bei. Das reicht von Institutionen wie der Lagerhalle, über Festivals wie European Media Art Festival (EMAF), bis zu freien Theatern, zahllosen Projekten, Initiativen und Vereinen. Aufgabe der Stadt ist es, ihre finanzielle Grundlage zu sichern und ihnen Planungssicherheit zu geben. In der aktuellen Ratsperiode haben wir dafür gesorgt, dass die tariflichen Standards und das inhaltliche Angebot der freien kulturellen Einrichtungen erhalten bleiben konnten. GRÜNE Kulturpolitik steht dafür, dass das so bleibt. Wir sehen die Aufgabe von Politik und Verwaltung darin, Kultur und kulturelle Projekte zu ermöglichen und nicht zu behindern. Wir stehen dabei für einen partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe. Wer auf einem sicheren Fundament steht, kann auch etwas ausprobieren – diesen „kreativen Nährboden“, aus dem kulturelle Innovationen erwachsen können, brauchen wir auch in Zukunft. Kulturschaffende sollen die Chance haben, gesellschaftliche Trends und Entwicklungen aufzugreifen und neue Formate auszuprobieren. Der Fachbereich Kultur soll dabei strategische Entwicklungen anstoßen und begleiten.

Offenheit und Partizipation fördern das gesellschaftliche Klima

In Zeiten einer bunter werdenden Gesellschaft wollen wir GRÜNE möglichst viele Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen, Milieus und Generationen, Urosnabrücker*innen und Zugezogene für kulturelle Angebote begeistern. Dabei sind uns gut zugängliche Angebote wie die Kulturnacht, Straßenkultur oder das Sommerkulturprogramm besonders wichtig. Wir wollen die städtischen Kulturinstitutionen auf ihrem Weg der Öffnung für die kulturellen Interessen neuer Generationen und vielfältiger Lebensweisen und Kulturen unterstützen. Dazu tragen auch Kooperationen mit der freien Kulturszene, Vereinen und anderen Akteur*innen der Stadtgesellschaft bei.

Mit der Einführung des KUKUK (Kunst-und-Kultur-Unterstützungskarte) hat Osnabrück ein Instrument, das die Teilhabechancen auf Kultur deutlich erhöht. Außerdem haben wir kostenfreien Eintritt für Kinder- und Jugendliche in den städtischen Museen erreicht. Wir wollen, dass Osnabrücker*innen den Raum und die Möglichkeit haben, selbst Kunst und Kultur zu schaffen. Dazu leisten neben der Musik&Kunstschule Schreibwerkstätten, Musikgruppen, Bürger*innenvereine oder Chöre einen wichtigen Beitrag. Für uns GRÜNE ist dabei entscheidend, dass Kultur und Kulturpolitik offen für Veränderungen, neue Akteur*innen und neue Kunstformen bleibt.

Dialog der Kulturen

Indem Kunst und Kultur Begegnungen mit Unerwartetem und Unbekanntem schaffen, brechen sie alte Denkmuster auf und fördern die Lust, Neues zu entdecken. Sie können dabei helfen, Vorurteile abzubauen oder Differenzen auszuhalten und mit ihnen umzugehen. Die Erfahrungen und Perspektiven aller in Osnabrück lebenden Menschen kulturell zu verarbeiten, gehört zu unserem Kulturverständnis: Kultur bedeutet Auseinandersetzung mit der Welt und mit der Lebensrealität. Die zunehmende Diversität der Stadtgesellschaft durch Zuwanderung ist auch eine Chance für die kulturelle Vielfalt und den Dialog der Kulturen. **[→Menschen in die Stadtgesellschaft integrieren]**

Kultur stärkt Kinder und Jugendliche

Kulturelle Bildung ermöglicht Kindern und Jugendlichen, zu mündigen Bürger*innen zu werden. Dazu leisten die Osnabrücker Kultureinrichtungen einen großartigen Beitrag. Daher werden wir die Zukunft der breit gefächerten Angebote von Musik&Kunstschule, Stadtbibliothek, Kinder- und Jugendtheater OSKAR, der Theaterpädagogik, Museumspädagogik oder den Angeboten in freier Trägerschaft – wie den Jugendkulturtagen oder dem Festival KUCK MAL – nachhaltig sicherstellen werden. Kooperationen von freier Kulturszene, Jugendarbeit, Hochschulen und städtischen Institutionen begrüßen wir ausdrücklich. Kinder- und Jugendtheater ist für uns ein dauerhaft notwendiger Bestandteil des Theaterangebots.

Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur

Der öffentliche Raum wird mehr und mehr zu einem Ort, an dem Leben und Kultur stattfindet – damit steigt die Aufenthaltsqualität. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass der Stadtraum allen Menschen zur Verfügung steht – auch ohne an Konsum gebunden zu sein. Ein Beispiel für die Verbindung von kultureller und kommerzieller Nutzung ist der Osnabrücker Samstag. Bei der künftigen Gestaltung öffentlicher Räume soll noch stärker berücksichtigt werden, wie Potenziale für die kulturelle Nutzung und Aneignung geschaffen werden können. Mithilfe einer App für Werke und Standorte im Stadtgebiet wollen wir über Kunstwerke, historische Gebäude und historische Orte informieren und diese sichtbarer machen.

Osnabrück hat nicht zuletzt durch die Hochschulen eine sehr große Zahl junger, hervorragend ausgebildeter Musiker*innen und anderer Nachwuchskünstler*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitsmöglichkeiten wie bezahlbare Proberäume, Ateliers, Aufführungs- und Ausstellungsorte für Künstler*innen auch in der Innenstadt zur Verfügung stehen. Wir wollen außerdem in der nächsten Ratsperiode Kreativquartiere entwickeln und. Wir wollen so u. a. dem

Kulturverein Petersburg eine Perspektive bieten. Wir treten deshalb dafür ein, dass attraktive Flächen nicht allein nach vordergründig wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden. Wir wollen einen Masterplan Kultur- und Kreativwirtschaft, der die Raumsituation bewertet und konkrete Schritte zur Verbesserung des Raumangebots für Kreative und Kulturschaffende aufzeigt. **[→Stadtentwicklung für ein lebenswertes Osnabrück]**

Neue Orte erobern – Leerstände mit Leben füllen

Neben festen Räumlichkeiten für Kunst wollen wir Immobilieneigentümer*innen und Künstler*innen ermutigen, Leerstände durch kulturelle Zwischennutzungen mit Leben zu füllen. Wir brauchen dafür mehr Offenheit in Osnabrück. Damit leer stehende Räume kulturell zwischen-, um- oder nachgenutzt werden können, soll die Stadt die Vermittlung übernehmen und Kreative und Grundstücks- bzw. Hausbesitzer zusammenbringen. Dies ist auch ein Instrument der strategischen Stadtentwicklung und wertet Flächen und Gebiete auf.

Projektförderung stärken

Wir wollen mehr Mittel für kulturelle Projektförderung bereitstellen und die Flexibilität bei der Vergabe durch die Kulturverwaltung erhöhen. Kultur lebt auch von kurzfristigen Ideen und Aktionen. Diese wollen wir möglich machen, indem wir neben den regulären Projektmitteln einen Etat für innovative Projekte bereitstellen. Hieraus sollen insbesondere junge Akteure Mittel beantragen können, um Dinge zu erproben. Ein solches Fördersystem muss flexibel, transparent und auch mutig sein. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung soll die Kulturverwaltung mit Projektberatung gerade Anfänger*innen ermutigend zur Seite stehen.

Stadtgeschichte sichtbar machen

Das Kulturgeschichtliche Museum soll zukünftig stärker als dialogischer Ort wahrgenommen werden, der Debatten aufgreift oder anstößt. Wir wollen, dass Osnabrücks Geschichte hier aus verschiedenen Perspektiven immer wieder neu erzählt, diskutiert und ausgestellt wird. Außerdem soll die Stadtgeschichte auch im Stadtbild und im Internet stärker präsent sein. Ergänzend zu den virtuellen Angeboten Stolpersteine, Orte des Sterbens im ersten Weltkrieges und Orte des Nationalsozialismus, wollen wir Orte des Westfälischen Friedens digital sichtbar machen. Im Felix-Nussbaum-Haus soll – neben den Werken Nussbaums – die einzigartige Architektursprache Libeskinds Entwicklungsschwerpunkt für die Zukunft sein – ergänzt durch Architekturausstellungen, Anknüpfungspunkte zu Vordemberge-Gildewart und die hochaktuellen Themen Kunst im Exil und in totalitären Systemen. Wir möchten eine sichtbare Verknüpfung zwischen dem Museumsareal, der Kunsthalle und weiteren Kulturorten im Heger-Tor-Viertel im Rahmen der Neupflasterung schaffen.

Kultur nachhaltig finanzieren

Die Kultur ist nicht verantwortlich für die Haushaltssituation der Stadt. Sie hat in den letzten Jahren ihren Anteil zur Konsolidierung beigetragen, sodass viele Angebote mit einer stark reduzierten Ausstattung arbeiten müssen. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen wollen wir eine vielfältige kulturelle Infrastruktur und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Angeboten der institutionalisierten Kulturträger*innen und der freien Szene erhalten. Der Anteil des Kulturetats am städtischen Gesamthaushalt muss mindestens beibehalten werden. Durch eine solide und verlässliche Förderpraxis ist es uns gelungen, die wertvolle Arbeit der

Kulturinstitutionen und -initiativen für Osnabrück zu sichern. Wir wollen, dass Dreijahresverträge mit den freien Kulturträgern mit automatischer Verlängerung sowie die Anpassung der Zuschüsse an die Tarifverträge Standard werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, den Investitionsstau bei den Kultureinrichtungen anzugehen. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass der Landkreis in der Verantwortung steht, sich mehr als bislang an der Finanzierung von Kulturangeboten zu beteiligen – gerade an solchen, die auch zu einem erheblichen Teil von Bewohner*innen des Landkreises genutzt werden. Wir fordern weiter, dass sich das Land stärker an der Finanzierung der Städtischen Bühnen und der Osnabrücker Museen beteiligt. Die seit Jahrzehnten bestehende Ungleichbehandlung mit den Staatstheatern und Landesmuseen in Hannover, Oldenburg und Braunschweig muss beendet oder zumindest schrittweise abgemildert werden. Wir wollen, dass die Stadt ein Konzept zum Kultursponsoring entwickelt, das die kommunale Kulturförderung ergänzt. Es geht darum, das Engagement privater oder wirtschaftlicher Akteure im Rahmen der kulturpolitischen Ziele der Stadt zu ermöglichen. Eine Übertragung von Kulturangeboten an die Wirtschaft lehnen wir ab, wenn sie gesellschaftlich relevante oder experimentelle Kulturangebote einschränken oder diese nicht nachhaltig sichern.

15. Mehr als eine Marke – „Friedensstadt“ leben

„Friedensstadt“ ist und bleibt das Markenzeichen Osnabrücks. Für uns GRÜNE ist es aber mehr als eine Marke. Es ist eine Verpflichtung, deren Bedeutung angesichts der aktuellen weltweiten Konflikte steigt. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die Folgen von Klima- und Ernährungskrise, Globalisierung und Finanzkrise stärker ins Zentrum der kommunalen friedenspolitischen Dabatte gerückt werden. Diese Themen haben in der aktuellen Debatte um die Beseitigung von Fluchtursachen erstaunlich wenig Konjunktur. Internationale Gerechtigkeit und Solidarität sind zugleich moralische Verantwortung und in unserem Interesse. Wir wollen, dass Osnabrück sich weiter in konkreten Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagiert und bürgerschaftliches Engagement in diesen Bereichen unterstützt. Zudem sollen Foren geschaffen werden, in denen aktuelle Konflikte in der Welt und in unserer Gesellschaft diskutiert werden. Dazu können Kulturinstitutionen und freie Kulturszene einen wesentlichen Beitrag leisten. Für uns ist kulturelle Verständigung ein Schlüssel für den Zusammenhalt in Europa. Die wertvollen Aktivitäten mit Partner- und Freundschaftsstädten Osnabrücks, unterstützt durch den bundesweit einmaligen Austausch von Städtebotschafter*innen, haben zu einem Netz von Freundschaften vieler Osnabrücker*innen mit anderen Städten und deren Bürger*innen geführt. Auch weltweit kann Kultur über den Dialog der Kulturen Zugänge und Kontakte eröffnen, um Konflikte zu überwinden und Krisen zu verhindern. Das Morgenland-Festival Osnabrück ist dafür ein beispielgebendes Projekt.

Botschaft: Frieden!

Die zentrale Botschaft des Westfälischen Friedens von 1648 lautet: Frieden ist möglich und Verhandlungen immer die bessere Alternative zu Krieg. Diese Botschaft sollte die Osnabrücker Friedenskulturpolitik noch deutlicher vermitteln. Dafür wollen wir die Potenziale der zahlreichen und wichtigen Forschungs- und Kultureinrichtungen und Veranstaltungen verstärkt nutzen. Das Rathaus mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel soll diese Botschaft als

öffentlicher, lebendiger Ort des Westfälischen Friedens für junge und weniger junge, für alteingesessene und neue Osnabrücker*innen und für Tourist*innen gemeinsam mit den Museen noch deutlicher vermitteln.

In Zeiten, in denen rassistische und menschenfeindliche Parolen, Gedanken und Taten bundesweit zunehmen, ist es für die Friedensstadt moralische Verpflichtung, diesen energisch entgegenzutreten. Die demokratische Mehrheit darf dazu nicht schweigen. Stolpersteine, die Auseinandersetzung mit dem Leben von Nussbaum, Remarque oder Calmeyer, die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht oder die Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht und zum 27. Januar sowie die Wochen gegen Rassismus sind wichtig, um aktuelle und vergangene gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen. Das Büro für Friedenskultur hat eine wichtige Service- und Schnittstellenfunktion zur Koordinierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kontext der kommunalen Friedensarbeit.

16. Sport fördern – aktiv und gesund

Sport macht Spaß und ist gesund. Er fördert die sozialen Kontakte und unterstützt die Integration und Inklusion. Mit einer gezielten Sportförderung wollen wir deshalb allen Bevölkerungsgruppen ermöglichen, sportlich aktiv zu sein. Viele der bereits umgesetzten und geplanten Maßnahmen zur Sportförderung in Osnabrück sind im Sportentwicklungsplan beschrieben, welcher auf unsere Initiative hin entstandenen ist. Wir werden die Umsetzung der weiteren Maßnahmen aktiv begleiten und die Sportförderrichtlinien der Stadt Osnabrück an die gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen.

Sportstätten sinnvoll sanieren

Trotz knapper Finanzen ist uns der Erhalt der guten Infrastruktur durch gezielten Aus- und Umbau sowie Sanierung von Sportanlagen wichtig. Um den Sanierungsstau bei städtischen und vereinseigenen Sportstätten systematisch abzubauen, werden wir das Augenmerk noch stärker auf die Prioritätenliste des dringlichen Sanierungsbedarfes legen. Dabei wollen wir insbesondere die weitere energetische Sanierung in den Fokus nehmen – das entlastet die Energiekosten der Stadt und der Vereine nachhaltig und ist umweltschonend. Die Sportstätten sollen auch für nicht vereinsgebundene Bürger*innen offengehalten werden. Die Stadt hat mit dem Bäderkonzept eine zukunftsorientierte Neuausrichtung der Osnabrücker Bäder vorgenommen. Moskaubad, Schinkelbad und Nettebad sind mit zweistelligen Millionenbeträgen saniert und modernisiert worden. Den Ausbau des Nettebades zum Freizeitpark und den damit verbundenen Bau einer E-Kartbahn haben wir GRÜNEN aus ökologischen, verkehrlichen und finanziellen Gründen abgelehnt. Die weitere Entwicklung vor Ort kann nur unter Einbeziehung der Anwohner*innen aus den betroffenen Stadtvierteln erfolgen.

Vereine als Basis des Breitensports

Die Osnabrücker Sportvereine leisten eine sehr wichtige soziale und gesellschaftliche Arbeit. Sie werden angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung sowie Integration und Inklusion immer wichtiger. Da der Ausbau der Ganztagsschulen die Rahmenbedingungen für Vereinssport bei Kindern und Jugendlichen verändert, wollen wir diesen Prozess aktiv gestalten, indem wir Angebote der Vereine mit dem

Ganztagsschulangebot verzahnen. Dabei spielen Kooperationen von Vereinen und Schulen eine wichtige Rolle und beide Seiten können profitieren. Auch die ehrenamtliche Tätigkeit der Sportvereine werden wir weiterhin unterstützen. Der Stadtsportbund leistet hier wichtige Unterstützungs- und Koordinationsarbeit. Er braucht eine verlässliche Perspektive am Limberg. Wir unterstützen das Vorhaben des Stadtsportbundes, gemeinsam mit dem Kreissportbund eine gemeinsame Sportregion zu bilden.

Die Stadt und die städtischen Beteiligungen haben mit hohem Aufwand sichergestellt, dass der VfL Osnabrück weiter in der 3. Liga Fußball spielen kann. Vereine wie der VfL Osnabrück sind allerdings Wirtschaftsunternehmen, die sich und ihren Spielbetrieb dauerhaft ohne öffentliche Gelder finanzieren müssen.

Freien Sport fördern

Auch der vereinsungebundene Sport muss gefördert werden. Deshalb haben wir die Skateranlage an der Liebigstraße saniert. Wir wollen neue Bewegungsgelegenheiten wie Mehrgenerationenspielplätze oder inklusive Bewegungsgelegenheiten fördern und bestehende Sporträume öffnen, z. B. Schulhöfe, Spielplätze oder Grünanlagen. Bei der Sanierung und beim Neubau von Sportstätten muss umfassend auf Barrierefreiheit geachtet werden. Neuen Sportinitiativen stehen wir offen gegenüber und unterstützen diese.

17. Gesund leben in Osnabrück

Gesundheit ist zentral für die Lebensqualität in unserer Stadt. Wir wollen, dass alle Menschen in Osnabrück ein gesundes Leben führen können und hierfür die notwendigen Bedingungen und ein breites Spektrum an Gesundheitsangeboten schaffen. Bei allen Entscheidungen muss die Stadt die gesundheitlichen Auswirkungen berücksichtigen, besonders für gefährdete Gruppen wie Kinder und Ältere. Das wachsende, qualitativ hochwertige Angebot von Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsforschung ist für uns GRÜNE ein wichtiger Standortfaktor.

Weil es gesünder ist: für saubere Luft und Lärmreduzierung

Der Schutz vor gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen gehört zu den Kernaufgaben städtischer Daseinsvorsorge, denn Lärm, Feinstaub, Bodenbelastungen und vor allem Stickoxide bedrohen die Gesundheit und schränken das Wohlbefinden ein. Verkehr, Industrie, Gewerbe und Emissionen der Haushalte dürfen den Menschen nicht krank machen. Wir GRÜNE wollen den Lärmaktionsplan und den Luftreinhalteplan der Stadt Osnabrück konsequent umsetzen und weiterentwickeln. **[→ Luft zum Atmen, Lebensqualität statt Lärm]**

Den Boden für gesunde Ernährung bereiten

Immer mehr Menschen achten auf eine gesunde Ernährung und die Herkunft ihrer Lebensmittel. Auf unsere Initiative hin muss Landwirtschaft in Osnabrück auf städtischen Flächen gentechnikfrei sein. Wir GRÜNE unterstützen das öffentliche Gärtnern in der Stadt und wollen weitere öffentliche Flächen unbürokratisch für Urban Gardening oder die „Essbare Stadt“ zur Verfügung stellen. Um der Lebensmittelverschwendung weiter entgegenzuwirken, unterstützen wir öffentlich zugängliche Kühlschränke im Rahmen des Foodsharings. Unser Ziel ist es

außerdem, Kindern in Tagesstätten und Schulen eine gesunde, abwechslungsreiche Verpflegung mit regionalen Lebensmitteln zu bieten.

Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand

Wir GRÜNE wollen den Einfluss der Kommune in den städtischen Kliniken erhalten, um die gute Versorgung aller Kranken zu sichern. Die Stadt hat mit unserer Unterstützung gemeinsam mit der Belegschaft und unter erheblichem Mitteleinsatz dafür gesorgt, dass das Klinikum Osnabrück in kommunaler Trägerschaft verbleiben kann. Das Zentrum für Geriatrie und Frührehabilitation ist am Finkenhügel in Betrieb gegangen. Eine Klinik für Dermatologie und eine Augenklinik werden das Klinikum weiter stärken. Die Sanierungsbemühungen der letzten Jahre zeigen erfreulicherweise erste Erfolge, diese müssen verstetigt werden. Trotzdem brauchen wir auf Bundes- und Landesebene einen grundlegend neuen Ansatz bei der Finanzierung von Krankenhäusern und ambulanten Gesundheitsleistungen.

Verbraucherschutz und Selbsthilfe stärken

Auch ein wirksamer Verbraucher*innenschutz ist Gesundheitsschutz. Es war ein Fehler von CDU und FDP, die Lebensmittelkontrollen an den Landkreis abzugeben. Wir brauchen eine Anlaufstelle für alle Bürger*innen, die transparent informiert und dafür sorgt, dass keine schädlichen Produkte wie Kinderspielzeug mit Weichmachern oder Dioxin-Eier verkauft werden. Wir GRÜNE wollen die Selbsthilfe weiter unterstützen. Dafür soll das Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt auch in Zukunft eine Anlaufstelle für Betroffene sein und Räume und Fachwissen zur Verfügung stellen.

Sucht- und Drogenhilfe: Prävention in den Vordergrund stellen

Wir setzen auf Prävention, um die Gesundheits- und Suchtrisiken von Alkohol, Rauchen, illegalen Drogen und auch stoffungebundenen Suchtformen wie der Spielsucht zu mindern. In Osnabrück gibt es bereits ein breites, gutes Angebot und Hilfen für suchtgefährdete und drogenabhängige Menschen sowie deren Angehörige durch freie Träger, Selbsthilfe und die Stadt. Dieses wollen wir erhalten und ausbauen.

Wir GRÜNE fordern einen grundlegenden Wechsel in der Drogenpolitik auf Bundesebene. Konsument*innen – besonders junge Menschen – sollen nicht länger kriminalisiert, in die Illegalität und ins Beschaffungsmilieu gedrängt werden. Stattdessen brauchen sie Aufklärung. Wir engagieren uns im Bund für ein umfassendes Konzept, das den Jugend- und Gesundheitsschutz, Konsument*innenschutz und Prävention verbindet und eine kontrollierte Abgabe von Cannabis ermöglicht. Insbesondere ist der medizinische Einsatz des Wirkstoffes Cannabis sinnvoll, zum Beispiel bei Schmerzpatienten und anderen chronischen Erkrankungen. Um dieses Potenzial zu nutzen, setzen wir uns dafür ein, dass die Landesregierung die Voraussetzung für Modellversuche und medizinische Forschungsprojekte auf kommunaler Ebene schafft.

HIV-Prävention stärken

In den letzten Jahren ist die Zahl der HIV-Neudiagnosen wieder gestiegen. Um Jugendliche und Risikogruppen besser zu erreichen, brauchen wir neue Präventionsangebote und -medien. Wir unterstützen die kreative Aufklärungsarbeit der Osnabrücker AIDS-Hilfe, mit der sie den

Gesundheitsdienst unterstützt, und plädieren für die Fortführung der Finanzierung durch die Stadt Osnabrück.

D) Osnabrück als Bildungsstandort

18. Gute Schulen für gleiche Chancen

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben mit Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und ihm optimale Bildungsangebote bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Landessache, im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht die Stadt Osnabrück aber als Schulträgerin in der Verantwortung, Chancen und Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Sie muss dieser Verantwortung unter anderem durch ein gutes KiTa- und Krippenangebot, strategische Schulentwicklungsplanung, Bildungsberatung und einer angemessenen räumlichen Ausstattung nachkommen. **[→ Kinderbetreuung weiterentwickeln]**

Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass bis 2018 insgesamt 60 Millionen Euro in die Schulsanierung investiert werden. Schulcontainer müssen der Vergangenheit angehören. Wir sehen auch den Landkreis in der Pflicht, sich durch ein kostendeckendes Gastschulgeld nicht nur an den laufenden Kosten, sondern ebenfalls an den Investitionskosten von Schulen zu beteiligen. Durch die Abschaffung des „Turbo-Abis“ durch die Landesregierung haben jetzt alle Schüler*innen mehr Zeit auf dem Weg zu Abitur. Das ist gut und richtig. Für die Stadt bedeutet dies einen zusätzlichen Raumbedarf. Diese Herausforderung müssen wir in den kommenden Jahren im Bestand lösen.

Die Bildungslandschaft in Osnabrück leistet bereits sehr viel – insbesondere dank engagierter Kollegien. Je besser die öffentlichen Bildungsangebote sind, umso besser können Kinder unabhängig vom Elternhaus gefördert werden. In diesem Sinne wollen wir die Vernetzung möglichst aller Bildungsakteure für eine optimale Gestaltung der Bildungslandschaft in Osnabrück stärken. Die Stadt muss außerdem ein Angebot zur Bildungsberatung von Eltern vorhalten.

Schule als Lebensort

Kinder verbringen viel Lebenszeit in der Schule. Daher müssen sie lebenswert gestaltet sein. Wir setzen uns für lernfördernde sowie kinder- und jugendgerechte Ausstattung der Räume und Außenanlagen ein. Neugestaltung muss mehr bedeuten als nur neuer Beton. In unseren Schulen treffen Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinander. Dies erfordert nicht nur individuelle Lernförderung, sondern stellt eine große Herausforderung für das tolerante Zusammenleben aller Beteiligten dar. Wir wollen, dass Lehrer*innen durch Weiterbildungsangebote und multiprofessionelle Teams aus Sozialpädagogen*innen, Psychologen*innen sowie Schulsozialarbeit unterstützt werden. Außerdem sollen die sozialen Dienste und Schulen ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen, damit mehr Kommunikation zwischen den jeweiligen Ansprechpartnern stattfindet. Schulsozialarbeit braucht für nachhaltige Konzepte eine angemessene finanzielle Ausstattung. Wir haben daher in der letzten Periode an

mehreren Standorten Schulsozialarbeit finanziert – gebraucht wird sie an vielen weiteren. Das Land hat bereits angekündigt, die Schulsozialarbeit insgesamt auszubauen.

Auf Basis der entsprechenden UN-Konvention muss die inklusive Beschulung von Schüler*innen an allen Schulformen ermöglicht werden. Sie haben ein Recht darauf. Die inklusiven Schulen müssen daher zielgenau und angemessen ausgestattet werden. Bei den entsprechenden Planungen wollen wir den Arbeitskreis Inklusion weiterhin stark einbeziehen.

Gutes Essen für besseres Lernen

Damit Kinder lernen können, brauchen sie eine gesunde und vollwertige Schulverpflegung. Wir wollen, dass jede Schule gesunde und ausgewogene Schulmahlzeiten anbietet und setzen dabei auf ökologisch produzierte, fair gehandelte, regionale und saisonale Lebensmittel. Die Einstellung einer Fachkraft für Ökotrophologie ist einer unserer Schritte zur Verbesserung der Qualität von Schulmahlzeiten. Weitere Schritte und neue Ideen, wie die Qualität des Essens verbessert werden kann, werden wir prüfen. Es darf weiterhin kein Kind aus finanziellen Gründen vom Schulessen ausgeschlossen werden. Schulen die ein Schulfrühstück anbieten, werden wir unterstützen.

Gute Basis für alle: Grundschulen stärken

Für uns gilt im Grundschulbereich das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“. Deshalb stehen für uns Grundschulbezirke nicht zur Debatte. Wir wollen, dass Kinder in ihrem Wohn- und Sozialumfeld gemeinsam mit anderen Kindern aus dem Stadtteil zur Schule gehen. Damit sorgen wir auch für Sicherheit auf dem Schulweg. An Grundschulen wird seit Jahrzehnten erfolgreich gemeinsam gelernt. In Grundschulen wird der Grundstein für das Gelingen der Schullaufbahn gelegt. Gerade deshalb brauchen sie multiprofessionelle Teams und entsprechende Ausstattungen, um jedes Kind möglichst optimal zu fördern. Eine engere Zusammenarbeit der Schulen soll Kindern den Übergang zu den weiterführenden Schulen erleichtern und die nahtlose Weiterführung von Unterstützungsleistungen sicherstellen.

Mehr Ganztag

Wir wollen die Umwandlung aller Grundschulen in Ganztagsschulen erreichen. Das Rahmenkonzept der Stadt bietet hierfür einen guten Ausgangspunkt. Auch weiterführende Schulen sollen zu Ganztagsschulen ausgebaut werden können. Gebundene Ganztagsschulen leisten einen Beitrag zur Chancengleichheit und bieten Gelegenheit, das pädagogische Konzept stärker auf die Bedürfnisse der Schüler*innen abzustimmen. Es wird ein beweglicher Tages- und Wochenrhythmus etabliert, der Bewegungsdrang, Konzentrationsfähigkeit, Lernwünsche und Erholungsbedürfnisse berücksichtigt. Der Wechsel von Lern- und Freizeitaktivitäten, von Ruhe und Bewegung, von Anspannung und Entspannung ermöglicht Schüler*innen nachhaltiges Lernen, das auch Spaß macht. Bei der Planung von Ganztagsangeboten sollen Schulen mit benachbarten Schulen und lokalen Jugendhilfeeinrichtungen sowie nicht-schulischen Bildungsangeboten kooperieren und sich in ihren jeweiligen Kompetenzen stärker wahrnehmen und ergänzen. Die Kooperation mit außerschulischen Angeboten und Bildungseinrichtungen erhöht die Qualität von Schulen. Osnabrück bietet mit der Musik&Kunstschule, der Theaterpädagogik, dem Lernstandort Nackte Mühle und dem Museum am Schölerberg, aber

auch mit den Angeboten freier Kulturträger oder den Sportvereinen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Dadurch können die Schulen zugleich stärker in ihre Stadtteile eingebunden werden.

Längeres gemeinsames Lernen möglich machen

Wir stehen für möglichst langes gemeinsames Lernen, um jedem Kind die Chancen auf alle Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Gerade an Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gelingt es vielen Schüler*innen, höhere Abschlüssen zu erreichen, als es ihnen anfangs zugetraut wurde. Die integrierte Gesamtschule ist dafür die beste Schulform. Wir begrüßen auch die Initiative der drei Innenstadtschulen, weil ihr Konzept „Neue Schule Innenstadt“ ein integrierendes Angebot vorsieht. Wir möchten, dass sich Schulen an weiteren Standorten unter Beteiligung ihrer Kollegien entwickeln, an denen längeres gemeinsames Lernen möglich ist. Wir sind uns des beschränkten finanziellen Rahmens bewusst, wollen aber dennoch, dass längeres gemeinsames Lernen bei der Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe als Ziel berücksichtigt wird.

Abschulungen und Wiederholungen müssen verhindert werden. Studien zeigen, dass sie in Bezug auf schulische Leistungen unwirksam sind. Außerdem reißen sie Schüler*innen aus ihrer sozialen Umgebung. Um das zu vermeiden, soll es gezielte Unterstützung durch Beratung und Begleitung geben. Dadurch kann im bestehenden gegliederten Schulsystem auch die Durchlässigkeit nach oben erhöht werden. Dafür wollen wir in der Stadtverwaltung die Strukturen verbessern, indem die Bereiche Bildung und Jugendhilfe stärker zusammenarbeiten.

19. Berufliche Bildung zukunftsfest machen

Schülerinnen und Schüler sollen in der Berufsorientierungsphase einen Einblick in die reale Arbeitswelt in einer Vielzahl von Berufen und Unternehmen erhalten. Neben den Berufsbildenden Schulen sollen die ausbildenden Betriebe ihre Rolle als Bildungsakteure stärker wahrnehmen. Ziel ist es, dass möglichst viele Osnabrücker Unternehmen angeregt werden, Partnerschaften mit Schulen zu schließen, denn die betriebliche Berufsausbildung ist ein wichtiges Standbein für die Qualifikation junger Menschen. Auch die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Menschen. Weil es auch in Osnabrück zukünftig an Fachkräften mangeln wird, müssen die Betriebe motiviert werden, in qualitativ hochwertige, zukunftsträchtige Ausbildungen zu investieren. Die Stadt Osnabrück und die städtischen Unternehmen sollen weiter mit gutem Beispiel vorangehen und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Wenn Jugendlichen die Suche nach einem Ausbildungsplatz schwerfällt, muss die Stadt Angebote zur Unterstützung bereitstellen. Insbesondere die Berufsorientierung und die Vorbereitung auf eine Ausbildung müssen gestärkt sowie der Übergang von der Schule in eine Ausbildung qualifiziert begleitet werden. Für junge Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, könnte ein Jugendjobcenter eingerichtet werden. Die Jugendwerkstatt Dammstraße wollen wir als Einrichtung der Jugendberufshilfe erhalten. Alle Auszubildenden sollen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Industrie, Handwerk und Berufsschulen dabei an einem Strang ziehen. Der Fachdienst Bildung soll dies aktiv begleiten. Als zweiten Schritt wollen wir im Rahmen der angestrebten Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück einen gemeinsamen Arbeitskreis für Ausbildung initiieren.

Bildungsregion Osnabrück schaffen

Wir wollen ein Bewusstsein für eine Bildungsregion Osnabrück schaffen. Bildung macht nicht an der Stadtgrenze halt. Bei der Schulentwicklungsplanung weiterführender Schulen soll mit unseren Nachbarkommunen das Gespräch gesucht werden. Das Ziel ist eine abgestimmte Schullandschaft mit Teilen des Landkreises Osnabrück. Den Anfang wollen wir mit einer besseren Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildenden Schulen machen, da wir hier kurzfristig die Möglichkeit sehen, zu guten Lösungen zu kommen.

20. Lebenslanges Lernen

Unser Bildungsweg endet nicht mit der Ausbildung oder dem Studium. Auch nach dem Berufsleben behalten Menschen ihr Recht auf Bildung. Bildungsangebote für Menschen, die bereits eine Berufsqualifizierung abgeschlossen haben, sind für die Wissensgesellschaft im Informationszeitalter unverzichtbar. Osnabrück bietet dafür zahlreiche Angebote zur Fort- und Weiterbildung, wie beispielsweise die Osnabrücker Volkshochschule als unverzichtbares Element der Erwachsenenbildung. Wir wollen diese breit aufgestellte Bildungslandschaft erhalten, ausbauen und außerdem Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliches Engagement fördern.

Für die Osnabrücker Bildungslandschaft kann das Potenzial der Hochschulen noch stärker genutzt werden. Neben gemeinsamen Projekten sind die Öffnung der Hochschule für Menschen mit Berufsausbildung und die Entstehung von Teilzeitstudiengängen eine Chance, die Weiterbildung und -entwicklung vieler Osnabrücker*innen zu fördern.

21. Osnabrück als Hochschulstandort – studieren, forschen, arbeiten und leben

Osnabrück ist eine Hochschulstadt. Universität und Hochschule prägen die positive Entwicklung unserer Stadt maßgeblich mit. Sie sind Magneten für mittlerweile über 25 000 Studierende sowie Arbeitsplatz für etwa 3000 Beschäftigte. Sie sind zugleich Quelle für Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt. Nicht zuletzt durch die Hochschulen ist Osnabrück eine junge, dynamische Stadt mit Zukunftsperspektive, weshalb wir GRÜNE ihre Entwicklung unterstützen und dabei die gesamtstädtischen Interessen im Blick haben.

Innovationspotenzial nutzen – Hochschulen stärken

Die Neu- und Umbauten am Campus Westerberg stärken den Hochschul- und Forschungsstandort Osnabrück. Mit Wissenschaftspark und dem InnovationsCentrum Osnabrück (ICO) haben wir wichtige Instrumente für Existenzgründungen und nachhaltige Wirtschaftsförderung geschaffen. Osnabrück muss weiter als Lebens- und Arbeitsort für Studierende und Akademiker*innen attraktiv seinur so gelingt es uns, möglichst viele der hier hervorragend ausgebildeten Menschen langfristig an unsere Stadt zu binden. Für die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt spielen die Hochschulen daher eine zentrale Rolle. Die aktuellen Forschungsergebnisse der Hochschulen sollen stärker in die Bewältigung städtischer Herausforderungen wie Inklusion, Integration, Frühförderung und Stadtentwicklung einfließen.

Engagement der Hochschulangehörigen – Gewinn für Osnabrück

Gerade für die Zivilgesellschaft leisten die Angehörigen der Universität einen unverzichtbaren Beitrag, beispielsweise durch das Engagement beim Remarque-Friedenspreis, den Friedensgesprächen oder in Projekten wie „Balu und Du“, „Freizeit für Flüchtlingskinder“ oder dem Stadtführer, der mit Geflüchteten erarbeitet wird. Zugleich bereichern Studierende das kulturelle Leben der Stadt, indem sie selbst Kunst und Kultur machen oder über Aktivitäten ihrer Selbstverwaltung, wie dem Schlossinnenhof-Open-Air (FairyTaleFestival), dem AStA-Band-Contest und dem Terrassenfest. Auch um die wichtige Arbeit engagierter Studierender zu unterstützen, haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Fläche zwischen Mensa und EW-Gebäude für das neue Studierendenzentrum zur Verfügung gestellt wird. Mit der von Studierenden ausgehenden, erfolgreichen Initiative einer Transparenzklausel für zivile Forschung wird die Universität der Marke Friedensstadt gerecht.

Studierende unterstützen und einbeziehen

Wir stehen dafür, dass die Stadtwerke Osnabrück den Studierenden weiterhin ein günstiges und attraktives Semesterticket anbieten – Studierende sind eine wichtige Zielgruppe des ÖPNV. Wir setzen uns dafür ein, dass auch weitere städtische Institutionen Studierende im Blick haben – wie beispielsweise das Theater durch die Einführung einer Flatrate für Studierende. Studierende brauchen bezahlbaren Wohnraum. Die Fläche an der Sedanstraße haben wir explizit für studentisches Wohnen zur Verfügung gestellt. **[→ Wohnen]**

Wir möchten, dass sich die Studierenden als wichtige gesellschaftliche Gruppe stärker einbringen können und schlagen vor, dass Studierendenvertreter*innen von Universität und Hochschule in der kommenden Ratsperiode als Hinzugewählte an Ausschusssitzungen teilnehmen können.

E) Arbeit und Wirtschaft – ökologisch, ökonomisch und sozial

Wir GRÜNE wollen die wirtschaftliche Entwicklung in Osnabrück weiter ökologisch und sozial verträglich ausrichten. Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik ist es, die Lebensqualität vor Ort zu stärken, durch ein attraktives Angebot sicherer Arbeitsplätze und den Erhalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt. Für uns gilt weiterhin: Wirtschaft muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Städtische Wirtschaftsförderung muss sich künftig stärker am Gemeinwohl orientieren. In den letzten Jahren haben wir es geschafft, mit ökologischer und menschengerechter Politik die Stadt so als Wirtschafts- und Lebensstandort attraktiv zu machen. Wir haben die kommunale Infrastruktur verbessert, sodass Familie, Beruf und Freizeit besser in Einklang gebracht werden können. Auch das breite Kulturangebot ist ein wichtiger Standortfaktor, mit dem Osnabrück punkten kann. Darauf wollen wir aufbauen und die kommunalen Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung bestmöglich nutzen.

22. Gut leben und arbeiten in Osnabrück

Für uns GRÜNE ist das Ziel kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, dass alle Menschen ihren Lebensunterhalt eigenständig und menschenwürdig sichern können. Wir setzen auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Trotz sinkender

Arbeitslosenzahlen bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Osnabrück konstant oder wächst sogar und die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften steigt. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird die Integration in den Arbeitsmarkt für diese Menschen immer schwieriger. Prekäre und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind auf dem Vormarsch. Diesen Entwicklungen werden wir weiter entgegentreten.

Für faire Löhne

Wir GRÜNE wollen, dass Osnabrück eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs ist. Prekäre Beschäftigung in Form von missbräuchlich eingesetzter Leiharbeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen – ohne tarifliche Bezahlung, ohne sozialen Schutz, mit ungewisser Zukunft und ohne Zugehörigkeit – lehnen wir ab. Leiharbeit ist ein Instrument für mehr Flexibilität bei Auftragsspitzen, aber kein Dauerzustand, weshalb wir bei öffentlichen Vergaben die strikte Beachtung des Tariftreuegesetzes fordern.

Vermittlung in gute Arbeit fördern

Wir setzen uns für öffentlich geförderte Arbeitsplätze ein, die eine Hilfebedürftigkeit nach dem Hartz-IV-System durch Erwerbstätigkeit beenden. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass in enger Abstimmung mit Arbeitsagentur und Jobcenter Beschäftigungsprogramme entwickelt werden, welche für die Arbeitssuchenden passgenau und qualifizierend sind sowie tariflich entlohnt werden. Wir begrüßen die erfolgreiche Umsetzung der Programme „Programm Soziale Teilhabe“, „Förderzentrum PLUS“ und „Werkakademien“.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigungsinitiative „Sozialer Arbeitsmarkt – Passiv-Aktiv-Transfer“ in Osnabrück umgesetzt wird. Hier wird in Abstimmung zwischen Landesregierung, Arbeitsagentur und Stadt / Jobcenter auf die bei den Arbeitsgelegenheiten geforderten Voraussetzungen der „Zusätzlichkeit“ und „Öffentlichkeit“ der Tätigkeit verzichtet. Eine Vermittlung in Leiharbeit darf nur in Ausnahmefällen nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls erfolgen.

Zielgruppenspezifische Angebote, insbesondere für Frauen, Migranten*innen und Menschen mit Behinderungen, wollen wir ausbauen, weitere Teilzeit-Ausbildungsmaßnahmen schaffen und auch in der Stadt und ihren Tochtergesellschaften für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sorgen. Auch die Beratungsangebote der Arbeitslosenselbsthilfe (ASH) werden wir weiterhin unterstützen.

23. GRÜNE Wirtschaftspolitik ist nachhaltig gut

Nachhaltig wirtschaften für die Menschen und die Stadt

Wir GRÜNE haben uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür stark gemacht, dass Osnabrück sich als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort nach den Kriterien einer ökologischen Modernisierung ausgerichtet hat. Die innovative Umwelttechnologie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig Osnabrücks – ein Aushängeschild, das wir weiter ausbauen wollen. Hier können weitere zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und zugleich die Umweltbedingungen verbessert werden. Da die Osnabrücker Hochschulen hier mit ihren exzellenten Studiengängen eine große Bedeutung als Innovationsmotoren haben, wurde an dieser Stelle auf GRÜNE

Initiative das InnovationsCentrum Osnabrück (ICO) angesiedelt. Auch das regionale Handwerk profitiert massiv von einer ökologischen Modernisierung, denn die energetische Sanierung im Gebäudebestand bedeutet ein großes Auftragsvolumen für die Baubranche und Haustechnikhersteller. Wir wollen die Region als Standort für innovative Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Solartechnik und E-Mobilität weiter ausbauen. Außerdem setzen wir weiter auf die Erfolge des von uns initiierten Centrums für Umwelt und Technologie (CUT), das den produktionsintegrierten Umweltschutz voranbringt. Wir stehen einer Umsiedlung und Integration des CUT in den Wissenschaftspark offen gegenüber.

Vorausschauende Wirtschaftsförderung für Existenzgründungen und Mittelstand / Zeit für eine neue Wirtschaftsförderung

Wichtig für die wirtschaftliche Modernisierung in Osnabrück ist eine strategische Wirtschaftsförderung, die wir GRÜNE noch stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten werden. Dazu gehören eine intelligente Flächenvergabe und ansprechende Marketing- und Werbekonzepte. Wir wollen den Standort Osnabrück noch attraktiver für junge und innovative Gründer*innen machen. Seit März 2015 bietet das ICO Büro-, Labor- und Werkstattflächen für Ausgründungen der Osnabrücker Hochschulen und für Unternehmen, die die Nähe zu den Hochschulen sowie zu Lehre und Forschung suchen. Es fördert den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft und unterstützt Unternehmensgründer*innen von der Idee bis zur Etablierung am Markt. Diese Arbeit werden wir weiter begleiten.

Auch für Existenzgründungen im Handwerk, Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Bereich der Dienstleistungen muss die Stadt weiterhin unnötige Bürokratie abbauen. Wir brauchen angepasste Beratungs- und Marketingangebote und gemeinsam nutzbare Angebote für Aus- und Weiterbildung. Um den finanziellen Start zu erleichtern, soll die Stadt in Kooperation mit der Sparkasse einen Gründerfonds einrichten, der zinsgünstige Kredite für Existenzgründer*innen bereitstellt. In Zukunft muss sich die Wirtschaftsförderung außerdem stärker auf eine digitale Produktionsweise einstellen und gemeinsam mit anderen kommunalen Akteuren die entsprechende Infrastruktur stärken.

Gemeinwohlökonomie stärken

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Blinder Wachstumsglaube ohne Rücksicht auf menschliche und ökologische Ressourcen führt in die Krise. Wir wollen, dass sich die Wirtschaftsförderung in Zukunft stärker auf jene Bereiche regionaler Wirtschaftsformen konzentriert, die Innovation, zivilgesellschaftliche Eigeninitiative und Teilhabe sowie kooperatives Wirtschaften fördern. Verbraucher*innen sollen nicht nur verbrauchen, sondern verstärkt zum Tauschen und Erhalten angeregt werden. Hierzu zählen Projekte wie „Reparatur-Cafés“, öffentliche Bücherregale oder „Give-Boxen“. Die Stadt soll Initiativen von Bürger*innen und Vereinen bei der Suche nach geeigneten Räumen und Flächen unterstützen. Um Kaufkraft in der Umgebung zu binden und die regionale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die verstärkte Förderung des Friedenstalers als Regionalwährung prüfen. In den nächsten Jahren wird ein Forschungsprojekt des Wuppertal Instituts gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, den Gewerkschaften und anderen lokalen Akteuren ein Handlungskonzept zur gezielten

Stärkung und Integration von Gemeinwohlinitiativen in Osnabrück entwickeln. Diese große Chance wollen wir nutzen und Osnabrück als Modellregion etablieren.

Gewerbeflächen sinnvoll managen

Mit einer qualitativ hochwertigen Vermarktung von Gewerbeflächen gibt es ein großes Potenzial, den Standort Osnabrück zukunftsfähig auszurichten. Dafür wollen wir die Qualität von Gewerbegebieten durch gute Anbindungen an den ÖPNV und weitere Infrastruktur verbessern. Die knappen Gewerbeflächen in der Stadt müssen anhand der Ziele einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung vergeben und auch neue Flächen wie am ehemaligen Güterbahnhof und am Hafen sowie ehemalige Kasernengebiete sinnvoll genutzt werden. Das heißt, dass die vorhandenen Gewerbeflächen im Stadtgebiet in erster Linie Unternehmen mit geringem Flächenbedarf, modernen Konzepten und hohen Beschäftigungszahlen zur Verfügung stehen. Für ein strategisches Management von Gewerbeflächen benötigen wir ein systematisches Leerstandsmanagement, einen Flächenpool und ein Brachflächenkataster. Die unsinnige Konkurrenz mit den Umlandgemeinden um neue Gewerbeansiedlungen wollen wir durch eine bessere Zusammenarbeit in der Region Osnabrück beenden. Statt ökologische und soziale Standards durch eine Konkurrenzsituation aufs Spiel zu setzen, können wir so eine gemeinsame Standortpolitik als Region entwickeln.

Branchenvielfalt und starke Handelsstrukturen erhalten

Osnabrück ist wirtschaftlich breit aufgestellt: Die Stadt ist Standort für Dienstleistung, Handel, Gewerbe, Kreativ- und Kulturwirtschaft und Industrie. Diese Vielfalt wollen wir erhalten, denn der vielfältige und attraktive Einzelhandel ist eine Stärke Osnabrücks. Wir GRÜNE wollen die gewachsene Handelsstruktur mit ihren Stadt-, Stadtteil- und Ortsteilzentren stärken **[→Lebendige Stadt durch vitale Stadtteile]**, **[→Attraktivität der Innenstadt stärken].** Auch Industrie hat ihren Platz in Osnabrück: VW, Kabelmetall, Schöller und Kämmerer bieten wichtige, wertschöpfende Arbeitsplätze. Osnabrück ist außerdem im Bereich der Gesundheitswirtschaft stark aufgestellt. Viele hochwertige Einrichtungen des Gesundheitswesens und eine gut ausgebaute Gesundheitsforschung sorgen für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Das hohe fachliche Niveau und die herausragende Bedeutung für zukunftssichere Arbeitsplätze wollen wir noch stärker als wichtigen Standortfaktor begreifen und offensiver bewerben.

Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen

Der Kreativsektor als Wirtschaftssparte gewinnt in Osnabrück immer mehr an Bedeutung und bietet große Chancen für die Entwicklung unserer Stadt. Wir GRÜNE wollen Architektur, Kunst, Medien, Werbung, Softwareindustrie und weiteren kreativen Zweigen dabei helfen, sich in Osnabrück als gesunde und wachsende Branche zu etablieren. Dazu wollen wir die Beratungsangebote ausbauen. Außerdem soll der intensive Dialog mit Kreativen und Kulturschaffenden verstärkt werden. Wir möchten sie bei Existenzgründungen unterstützen und ihnen Flächen zu günstigen Konditionen und flexiblen Vertragsbedingungen zur Verfügung stellen. Die Kompetenzen wollen wir in Kreativquartieren bündeln, beispielsweise am Hafen oder an einem anderen geeigneten Ort. **[→Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur]**

Die Stadt als verantwortliches Wirtschaftsunternehmen

Die Stadt selbst ist eine der wichtigen kommunalen Wirtschaftsakteur*innen. Sie ist Arbeitgeberin für zahlreiche Menschen und kauft eine große Menge Produkte und Dienstleistungen ein. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass diese Wirtschaftskraft ökologisch und solidarisch eingesetzt wird. Mit dem neuen Tariftreue- und Vergabegesetz der rot-grünen Landesregierung werden diese Leitlinien gestärkt. So müssen alle öffentlich beschafften Produkte und Dienstleistungen soziale und ökologische Kriterien erfüllen und dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit genügen. Die Stadt Osnabrück muss hierbei höchste Maßstäbe setzen – auch bei ihren Tochtergesellschaften. Wir sind stolz auf den Titel „Fairtrade Town“, wollen uns aber nicht darauf ausruhen. Gerade die Stadtverwaltung muss ihre Beschaffungspraxis immer weiter überprüfen.

Städtische Beteiligungen für das Gemeinwohl nutzen

Wir GRÜNE wollen, dass sich Unternehmungen, die sich im städtischen Besitz oder in städtischer Beteiligung befinden, am Gemeinwohl orientieren. Die Stadt muss hier alle Steuerungsmöglichkeiten nutzen, damit eine nachhaltige Rendite erzielt wird und ökologische und soziale Wertschöpfung möglich ist. Den Verkauf von öffentlichem Eigentum lehnen wir ab, wenn dadurch die Grundversorgung der Bevölkerung eingeschränkt wird, kommunale Steuerungsmöglichkeiten verloren gehen oder Gewinne wegfallen.

Kreislaufwirtschaft stärken

Wir verschwenden zu viele Rohstoffe. Die Initiativen „Papplos – Osnabrück geht Mehrweg“ sowie Inititativen gegen Plastiktüten sind gute Projekte. Die Stadt muss die hier erzielten Erfolge nutzen und sich selbst stärker für ein plastiktüten- und einwegverpackungsfreies Osnabrück einsetzen. Eine mögliche Maßnahme sind Rabatte für Standbetreiber auf Wochenmärkten, die auf Einwegverpackungen verzichten.

Wir wollen, dass die Wertstoffverwendung in städtischer Hand verbleibt und die Abfallbeseitigungsgebühren stabil bleiben. Das Recycling über die Grünabfallsammelplätze und Recyclinghöfe ist auf einem guten Weg, aber weiter optimierbar. Wir GRÜNE engagieren uns dafür, dass der Osnabrücker-Service-Betrieb (OSB) eine Strategie entwickelt, wie die gesammelten Wertstoffe zum Wiederverkauf aufbereitet werden können. Mit der Erprobung der Wertstofftonne im Stadtteil Eversburg haben wir dafür gesorgt, dass Wertstoffe systematisch erfasst werden können. Das ist ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich interessant. Wir stehen deshalb dazu, dass die einzuführende flächendeckende Wertstofferfassung in kommunaler Verantwortung verwirklicht wird und unterstützen den OSB bei seinem Programm „Energieautark 2020“, um die energetischen Potenziale der Abfallwirtschaft zu nutzen.

Osnabrück hat touristisch viel zu bieten

Osnabrück kann sich noch besser als Ziel für Kongresse sowie touristische Ausflüge etablieren. Auch Osnabrücks Qualitäten als nachhaltige, innovative und weltoffene Friedensstadt sind Standortfaktoren, die wir besser nutzen wollen. Wir GRÜNE setzen uns für ein umfassendes Tourismuskonzept ein, um in Kooperation mit dem Umland insbesondere den Radtourismus

besser zu bewerben. Hierzu passen unsere Anstrengungen zum Ausbau der Radinfrastruktur. **[→ Radverkehrsnetz verbessern]**

Region Osnabrück stärken

Wir GRÜNE wollen, dass sich die Region Osnabrück nachhaltig entwickelt, ihre Stärken ausbaut und sich ihre Weltoffenheit und Vielfalt bewahrt. In den letzten Jahren sind Stadt, Landkreis und die Gemeinden im Osnabrücker Land im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit weiter zusammengewachsen. Um den Erfordernissen einer dynamischen Metropolregion Rechnung zu tragen, setzen wir uns für geeignete politische und organisationale Strukturen für die politische Selbstverwaltung der Region ein. Es ist wichtig, dass sich Stadt und Landkreis Osnabrück gemeinschaftlich über die Aufteilung von Aufgaben, Einnahmen und Kosten verständigen. **[→ Fairer Finanzausgleich notwendig]**

F) Osnabrück als Stadt der Bürger*innen

24. Bürger*innenstadt Osnabrück – mitmachen und Demokratie stärken

Demokratie lebt vom Mitmachen. Für uns GRÜNE waren eine demokratische Gesellschaft und die politische Teilhabe von Bürger*innen für die eigenen sowie die Belange des Gemeinwohls schon immer Grundlage unserer Politik. Der Entwicklung der Stadt Osnabrück tut Bürger*innenbeteiligung ausgesprochen gut. Auch dank des Bürgergutachtens ist der Neumarkt-Tunnel Geschichte und der autofreie Neumarkt die Zukunft. Durch die Bürger*innenbefragung zur Westumgehung konnte dieses unsinnige Straßenbau-Projekt zu den Akten gelegt werden.

Gute Information ist Grundlage für Beteiligung

Um sich beteiligen zu können, müssen Bürger*innen darüber informiert sein, was in Osnabrück ansteht und geplant wird. Sie müssen im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen Entscheidungen der politischen Gremien sowie Planungen der Verwaltungen einsehen und nachvollziehen können. Das soll die von uns auf den Weg gebrachte Informationsfreiheitssatzung sicherstellen.

Verschiedene Formate zur Beteiligung nutzen

Wir wollen eine Vielzahl von Mitwirkungsmöglichkeiten fördern, je nach Thema, Projekt und Interesse der Bürger*innen. Dazu gehören Online-Befragungen, Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, Runde Tische, Bürger*innenversammlungen, Bürger*innenbefragungen und weitere Formate. Die Bürgerforen sind wichtige Schnittstellen zwischen den Stadtteilen und dem Rathaus. Sie sollten nicht von Personen und Gruppen dominiert werden, die bereits über andere Kanäle über einen nennenswerten Einfluss verfügen. Deshalb sollen Parteien keine eigenen Vorschläge einbringen dürfen. Wir wollen insbesondere die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken. Bei der Planung und Verwirklichung der Skateranlage an der Liebigstraße hat sich gezeigt, dass eine solche projektbezogene Beteiligung zielführend sein kann. **[→ Kinder- und Jugendbeteiligung ausbauen]** Mit EMSOS, dem interaktiven EreignisMeldeSystem der Stadt Osnabrück, haben die Bürger*innen die Möglichkeit, der Stadt Anregungen und Missstände mitzuteilen. Dies wollen wir zu einem ganzjährig verfügbaren, internetbasierten Vorschlagswesen ausweiten.

Ombudsstelle einrichten

Manchmal sind Vorgehen oder Entscheidungen der Verwaltung für Bürger*innen nicht verständlich, oder sie fühlen sich ungerecht behandelt. Wir wollen prüfen, ob für diese Fälle in der Stadt Osnabrück mit vertretbarem Aufwand eine Ombudsstelle eingerichtet werden kann. Hier könnten unparteiische und unabhängige Schlichter zwischen Bürger*innen und der Verwaltung unbürokratisch vermitteln.

Engagement belebt die Stadt

Eine lebendige Stadtgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürger*innen. Ohne die starke Integrationsleistung von Vereinen, ohne aktive und kreative soziale und kulturelle Projekte wäre Osnabrück leblos. Deswegen wollen wie Vereine und Initiativen weiter fördern und die Freiwilligenagentur als zentrale Koordinations-und Organisationsstelle stärken, welche auch die ehrenamtlichen Aktivitäten in den Quartieren vernetzt.

Sicherheit durch Prävention

Obwohl wir heute in sehr sicheren Verhältnissen leben, ist und bleibt Kriminalprävention wichtig – um die reale und gefühlte Sicherheit der Bürger*innen zu verbessern. Prävention steht für uns ganz klar vor Überwachung und Repression. Gewalt und Extremismus lehnen wir entschieden ab. Sicherheit muss immer im Dienst der Freiheit stehen, weshalb wir GRÜNE die Präventionsangebote in der Stadt aufrechterhalten und wo nötig ausbauen. Ein großflächiger Einsatz der Videoüberwachung von Straßen, Plätzen und ÖPNV zählt nicht dazu – im Gegensatz dazu sind Präventionsprojekte wie schulische Busbegleiter*innen, das VfL-Fußballfan-Projekt oder Gewaltprävention an Schulen die geeigneteren Mittel.

25. Für eine transparente, effiziente, faire und bunte Stadtverwaltung

Die Entwicklung Osnabrücks hängt maßgeblich von der Arbeit der Stadtverwaltung ab. Sie entscheidet durch ihr Handeln mit, wie weit die Vorstellungen der Menschen in unserer Stadt sowie die politischen Ziele und Prioritäten umgesetzt werden. Wir wollen, dass sich die Stadtverwaltung als Verwaltung für die Bürger*innen der Stadt versteht.

Transparente und effiziente Verwaltung

Wir möchten die Verwaltung nicht nur effizienter machen, sondern auch ihre Transparenz erhöhen, da diese für die öffentliche Kontrolle und die Teilhabe der Bürger*innen von großer Bedeutung ist. Dazu gehören der freie Informationszugang zu geplanten Vorhaben, zu Statistiken oder das Angebot öffentlicher Dienstleistungen. **[→ Gute Information ist Grundlage für Beteiligung]** Wichtig sind auch verständliche Erklärungen zu Abläufen und Formularen. Wir wollen, dass Formulare und wichtige Drucksachen in sogenannte „leichte Sprache“ übersetzt werden. So bekommen nicht nur Menschen mit Lernbehinderung, sondern auch Menschen mit geringen Lese- oder Sprachkenntnissen einen wesentlich besseren Zugang zu Informationen. Außerdem sollten die Informationen nicht nur in Deutsch, sondern auch in anderen häufig genutzten Sprachen vorliegen.

Die finanziellen Mittel der Stadt Osnabrück sind begrenzt. Mit der von uns initiierten Organisationsuntersuchung wollen wir die Arbeit der Verwaltung künftig noch effizienter und zielgerichteter organisieren.

Faire Verwaltung

Die Stadtverwaltung muss in Sachen Fairness mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehören faire Arbeitsbedingungen mit gerechter Bezahlung, ein gleicher Anteil von Frauen in Führungspositionen und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit für Teleheimarbeit. Fairness betrifft für uns GRÜNE auch das Handeln der Verwaltung, insbesondere, wenn es um den Einkauf von Waren und Dienstleistungen geht. Wir werden uns weiterhin dafür starkmachen, dass hier alle sozialen und ökologischen Kriterien eingehalten werden. **[→Gut leben und arbeiten in Osnabrück] [→Klima- und Umweltschutz: Osnabrück wird GRÜNER]**

Bunte Verwaltung

Die Stadtverwaltung braucht professionelles Personalmanagement – um engagierte und talentierte Menschen für die Arbeit für Osnabrück zu gewinnen und um erfolgreiche Personalentwicklung zu betreiben. Wir GRÜNE fordern eine Frauenquote von 50 % in Führungspositionen in der Verwaltung und städtischen Einrichtungen. Außerdem soll der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in Führungspositionen erhöht werden. Diese Gruppe stellt ein Viertel der Osnabrücker Bevölkerung, ist aber in der Verwaltung noch nicht annähernd repräsentiert. Außerdem wollen wir die Förderung und Einstellung von Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung und städtischen Betrieben stärker in den Blick nehmen. Hier wollen wir die Einführung einer dauerhaften Quote prüfen. Andere Kommunen haben gute Erfahrungen mit anonymisierten Bewerbungsverfahren gemacht, wir wollen dies auch für Osnabrück ausprobieren und auswerten.

Europa und Kommune gemeinsam denken

Osnabrück wird auch von Entscheidungen auf europäischer Ebene geprägt. Diese liefern viele gute Impulse, etwa für mehr Lärmschutz und Luftreinhaltung. Europa bietet z. B. durch die Nutzung europäischer Förderprogramme für Osnabrück oder den systematischen Wissensaustauch mit anderen europäischen Städten viel Potenzial für die positive Entwicklung unserer Stadt. Wir lehnen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zugunsten von Wirtschafts- und Einzelinteressen entschieden ab. Das gilt etwa für die Handelsabkommen TTIP und CETA. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge vor erzwungener Privatisierung schützen und demokratische, ökologische und soziale Standards wahren.

26. GRÜNE Netzpolitik – für alle, die digital unterwegs sind

Internet und Digitalisierung betreffen fast alle Bereiche unseres Lebens und gehen alle an. Wir wollen den digitalen Wandel weiter GRÜN gestalten. Dabei sind bewährte GRÜNE Grundsätze unser Kompass: Transparenz, Teilhabe, Offenheit, Nachhaltigkeit, Freiheit und Datenschutz.

Freies Internet für Osnabrück

Wir wollen, dass alle Osnabrücker*innen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können. Unser Ziel ist flächendeckendes, kostenloses WLAN für alle Bürger*innen. In den nächsten Jahren soll es selbstverständlich werden, dass an möglichst vielen Orten der Stadt ein schneller und freier Internetzugang mit hohem Datenschutzstandard verfügbar ist. Dafür soll die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen, in eigenen Einrichtungen freie Zugänge zu stellen und mit

bestehenden Anbieter*innen zusammenzuarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Entwicklung künftig deutlich schneller vorangeht. Wir unterstützen Projekte wie „Freifunk“, die als Privatinitiative offene WLAN-Netze bereitstellen. Auch hier soll die Stadt Unterstützung leisten, indem sie Infrastrukturen zur Verfügung stellt. Auch in Bussen sollen mobile Hot-Spots entstehen. Wir stehen hinter einem flächendeckenden Breitbandausbau auf Basis der Glasfasertechnologie.

Osnabrück als digitale Kommune

Wir GRÜNE wollen, dass die Verwaltung ihre Daten und ihre Arbeit bürger*innennah und für jeden verständlich aufbereitet. Ein leichter Zugang zu Daten, zum Beispiel zu Haushalts- oder Umweltdaten, sorgt für Transparenz und ermöglicht zivilgesellschaftliches Handeln. Bürger*innen sollen nicht umständlich nach Daten suchen müssen, sondern die Verwaltung soll sie aktiv und übersichtlich anbieten. Das interaktive Meldesystem EMSOS, über das Osnabrücker*innen Anliegen und Missstände melden können, soll ständig weiterentwickelt werden. Außerdem soll aus dem Ratsinformationssystem eine Plattform entstehen, auf der sich Verwaltung, Rat und Bürger*innen austauschen können. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Teilhabe. **[→Gute Information ist Grundlage für Beteiligung]** Auch im Sinne der Verwaltungseffizienz sollen Bürger*innen Vorgänge online erledigen können. Die städtischen Daten und Informationen sollen barrierefrei und in offenen Formaten und unter freien Lizenzen bereitstellen.

Datenschutz ist Bürger*innenrecht

Die Stadt muss die sensiblen Daten ihrer Bürger*innen schützen. Wir GRÜNE wollen, dass die Verwaltung die Bürger*innen offensiver darüber informiert, dass sie der Weitergabe ihrer personenbezogenen Meldedaten widersprechen können. Städtische Rechner müssen mit aktueller und sicherer Software betrieben werden und alle Internet- und Informationsangebote den höchsten Datenschutzstandards entsprechen. Moderne IT-Sicherheit bedeutet, dass die Stadt ihre Technologien und Abläufe regelmäßig an den neuesten Stand anpassen muss.

G) Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – für eine nachhaltige Finanzpolitik

Engagierte und zukunftsfähige Gestaltungsvorhaben können wir nur mit dem notwendigen finanziellen Spielraum verwirklichen. Doch die Finanzlage der Städte ist nach wie vor schwierig. Auch die Stadt Osnabrück hat nicht genug finanzielle Mittel, um ihre Zukunftsaufgaben wie Bildung, Klimaschutz und Förderung einer umweltgerechten Mobilität mit der notwendigen Konsequenz bewältigen zu können. Verantwortlich hierfür ist vor allem die fehlgeleitete Politik des Bundes. Durch die Abwälzung sozialer Lasten auf die Städte und die steuerlichen Entlastungen auf Kosten der Kommunen hat der Bund die Krise der Kommunalfinanzen in den letzten Jahren mitverursacht. So kann es nicht weitergehen. Land und Bund müssen die finanzielle Situation der Städte deutlich verbessern, um die kommunale Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Verantwortliche Finanzpolitik

Dies entlässt Kommunalpolitik jedoch nicht aus der Pflicht, alles für eine nachhaltige Finanzpolitik zu tun, die sich der Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst ist. Aus diesem Grund haben wir GRÜNE durch eine engagierte Finanzpolitik maßgeblich dazu beigetragen, dass in den letzten zehn Jahren circa 50 Millionen Euro durch Konsolidierungserfolge eingespart werden konnten. Dank dieser zum Teil schmerzhaften Konsolidierungsbemühungen ist Osnabrück im Gegensatz zu anderen Städten trotzdem nicht überschuldet und daher noch handlungsfähig.

Damit dies so bleibt, müssen wir Prioritäten setzen. Wir GRÜNE stehen dazu, dass keine horrenden Summen in finanzpolitisch und ökologisch fragwürdige Vorhaben investiert werden. Beispielsweise wäre die Stadt inzwischen finanziell nicht mehr handlungsfähig, wenn wir die Bundesgartenschau 2015 mit einem Zuschussbedarf in dreistelliger Millionenhöhe nicht verhindert hätten.

Unsinnige Investitionen verhindern

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu aberwitzig, dass CDU und SPD an weiteren ökologisch und wirtschaftlich unsinnigen Großprojekten wie der Startbahnverlängerung beim FMO und der Westumgehung festhalten. Anstatt zweistellige Millionenbeträge zu verbuddeln, wollen wir GRÜNEN konsequent die richtigen Schwerpunkte setzen. Die Stadt muss in mehr Lebensqualität von uns Osnabrücker*innen, für Kinder- und Familienfreundlichkeit, für Kultur und für ökologische und nachhaltige Entwicklung investieren. Um die notwendigen Mittel hierfür einsetzen zu können, muss aber auch die Verwaltung ständig auf mögliche Effizienzsteigerungen untersucht werden. Eine straffe und bürgerfreundliche Organisation der Abläufe soll Doppelstrukturen vermeiden und den Anstieg der Personal- und Sachausgaben beschränken.

Kein weiteres Geld im FMO verpuffen lassen

Dem personellen Wandel am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) muss auch ein neues, wirtschaftliches Konzept folgen. Der FMO hat nur eine Perspektive, wenn er sich als Regionalflughafen etabliert. Ein Ausbau der Start- und Landebahn ist dafür nicht nötig, wir halten ihn aus verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gründen für falsch, aus ökologischer Sicht für fatal. Bei allen weiteren Planungen muss auch eine verträgliche Rückabwicklung der für die Landebahn gekauften Grundstücke mitgedacht werden. Für die Flächen muss eine ökologisch vertretbare Nutzung entwickelt werden.

Für stabile Einnahmen

Um sicherzustellen, dass die notwendigen kommunalen Leistungen für alle Bürger*innen finanziert werden können, haben wir in den letzten Jahren notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Einnahmen ergriffen. Die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer sind zwar eine Belastung für Bürger*innen und Unternehmen, waren jedoch zur Stabilisierung der Einnahmen unverzichtbar. Die Zweitwohnsitzsteuer sorgt durch den Anreiz für vermehrte Erstwohnsitzanmeldungen für zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe. Die gesetzeskonforme Einführung einer Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen könnte Einnahmen

erwirtschaften, welche die unsinnige Steuersenkung für Hotels teilweise wieder ausgleichen. Auch die Erhebung angemessener Parkgebühren ist nicht nur zur Verkehrslenkung sinnvoll – sie ist und bleibt auch eine wichtige Einnahmequelle.

Eine entscheidende Einnahmequelle der Kommune ist die Gewerbesteuer. Für die Stadt Osnabrück ist sie unverzichtbar. Wir fordern, dass sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt wird, in die auch Freiberufler einbezogen werden. Das vermeidet wirtschaftlich oft nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft faire Wettbewerbsbedingungen. Durch diese Elemente wird das Aufkommen auch weniger konjunkturanfällig. Ein Freibetrag soll dabei vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlasten.

Neue Wege der Finanzierung erschließen

Zudem müssen wir vor Ort neue Wege der Finanzierung erschließen, auch um Investitionen tätigen zu können. Durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft könnte mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und möglicherweise auch privates Kapital mobilisiert werden. Die Einbringung unserer Schulgebäude in eine Stiftung könnte helfen, den trotz großer Anstrengungen immer noch vorhandenen Sanierungsstau an unseren Schulen zu beseitigen, durch den die Stadt langfristig Geld sparen könnte. Gleichzeitig würden die Unterrichtsbedingungen für unsere Kinder verbessert und der städtische Klimaschutz vorangebracht werden. Auch weitere alternative Finanzierungsformen wie Bürgeranleihen werden wir weiter prüfen.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass zur Sicherung unserer Handlungsfähigkeit Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden, dass die städtischen Gesellschaften ihren Anteil an der Verbesserung der Finanzsituation übernehmen und dass bei den Ausgaben eine konsequente Konsolidierungspolitik auf der Basis der für die Stadtentwicklung notwendigen Prioritätensetzung erfolgt.

Fairer Finanzausgleich notwendig

Darüber hinaus brauchen wir Reformen im finanziellen Verhältnis zwischen Stadt und Umland. Zahlreiche Einrichtungen in Osnabrück – von der sozialen Infrastruktur bis hin zu Kultureinrichtungen wie Theater und Zoo – werden zum erheblichen Teil von den Bürger*innen der Umlandgemeinden genutzt. Wir finden es ungerecht, dass der Landkreis sich im Verhältnis zur Stadt gerade mal mit 7,5 % an der Finanzierung des Theaters beteiligt, obwohl etwa die Hälfte der Besucher*innen aus dem Landkreis anreist. Daher fordern wir einen fairen Finanzausgleich zwischen Osnabrück und den Umlandgemeinden.

Für GRÜNE Politik und klare Mehrheiten sorgen

Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die Verantwortung gegenüber der Lebensqualität der Osnabrücker*innen, dem Schutz der Umwelt und des Klimas und gegenüber kommenden Generationen übernimmt. Wir wollen in der neuen Ratsperiode dafür finanzpolitische Schwerpunkte setzen. Dazu brauchen wir im Rat eine klare Mehrheit. Also: GRÜN wählen!